

Roman Rossfeld

„Abgedrehte Kupferwaren“: Kriegsmaterialexporte der schweizerischen Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie im Ersten Weltkrieg

Abstract: During the First World War, warfare became more totalitarian and was backed by an economic conflict waged with increasingly harsh methods. In the combatant nations munitions rapidly became an essential “raw material”, with the increasing demand being met either by the expanding domestic arms industry or by munitions imports from neutral countries. The Swiss watch, metal and engineering industries enjoyed a strong international reputation and had a strong focus on exports: by the end of 1914 they began manufacturing precision detonators for artillery projectiles, and rising quantities of these products were sold to both sides. This paper examines what volume Swiss munitions exports assumed during the First World War, how this was compatible with Swiss neutrality and looks at the arguments used to criticise or justify this trade over the course of the war.

JEL-Codes: L 61, L 64, N 44, N 64, N 84

Keywords: Erster Weltkrieg, Kriegswirtschaft, Wirtschaftskrieg, Neutralität, Uhrenindustrie, Metallindustrie, Maschinenindustrie, Kriegsmaterial, Munition, Munitionsbestandteile, Zünder, Zeitzünder

DOI 10.1515/jbwg-2015-0020

Als im August 1914 der Erste Weltkrieg begann, ahnten nur wenige, dass sich der Krieg schon nach wenigen Monaten zu einer in dieser Dimension bis dahin unbekannten, hochtechnisierten Produktions- und Abnutzungsschlacht entwickeln würde. Der Erste Weltkrieg war nicht nur durch eine zunehmende Mechanisierung des Tötens, sondern auch eine fortschreitende „Totalisie-

Roman Rossfeld (Dr. phil.), Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich, Rämistrasse 64, CH-8001 Zürich,
E-mail: rossfeld@fsw.uzh.ch

rung”¹ der Kriegsführung geprägt. Um die Materialschlachten durchstehen zu können, wurden die Kontrolle, Verfügbarkeit und optimale Nutzung wirtschaftlicher Ressourcen zu einer zentralen Aufgabe der Kriegsführung. Besonders eindrucksvoll lässt sich die neue Dimension des Krieges an der „Munitionskrise“ belegen, die bereits im Herbst 1914 in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Russland eintrat:² Schon nach wenigen Wochen waren die Munitionsvorräte der Artillerie erschöpft, weil der Verbrauch von schweren Granaten in einem Stellungskrieg wesentlich höher war als in einem Bewegungskrieg und durch die Mobilisation ein Arbeitskräftemangel in der Industrie entstanden war. Otto Goebel gibt an, dass an einem einzigen Kampftag im Ersten Weltkrieg etwa gleich viel Munition verbraucht worden sei wie im gesamten Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71.³ Die Krise beschleunigte die zunächst nur langsame Umstellung der Produktion auf den Kriegsbedarf und machte die Bedeutung einer leistungsfähigen Kriegswirtschaft rasch deutlich. Munition wurde in den Krieg führenden Ländern zu einem zentralen, in großen Mengen benötigten Rohstoff des Krieges, dessen Nachfrage entweder durch den Ausbau eigener Rüstungsindustrien oder den Import von Munition aus neutralen, nicht in den Krieg verstrickten Ländern gedeckt wurde.

Insbesondere die Kriegsmateriallieferungen der USA nahmen rasch einen enormen Umfang an. England bezog 1916 rund 40 Prozent der benötigten Munition aus den USA; und im August 1916 berichtete auch die Schweizer Illustrierte Zeitung ausführlich über die umfangreichen Kriegsgeschäfte der amerikanischen Stahl- und Rüstungs-Unternehmen Du Pont, Bethlehem Steel Corporation und United States Steel Corporation. Seit Kriegsbeginn hatten diese Unternehmen Aufträge in Milliardenhöhe für die Lieferung von Schießbaumwolle, Stacheldraht,

1 Vgl. dazu S. Förster, *Das Zeitalter des totalen Krieges, 1861-1945. Konzeptionelle Überlegungen für einen historischen Strukturvergleich*, in: *Mittelweg* 36, 1999, S. 12-29 sowie V. Berg-hahn, *Der Erste Weltkrieg*, München 2003, S. 67-86. Kritisch dazu R. Chickering, *Total War. The Use and Abuse of a Concept*, in: M.F. Boemeke et al. (Hg.), *Anticipating Total War. The German and American Experiences, 1871-1914*, Cambridge 1999, S. 13-28.

2 Zur Munitionskrise von 1914 und 1915, der „Stickstofffrage“ und der Entwicklung des Haber-Bosch-Verfahrens vgl. ausführlicher H. Strachan, *Economic Mobilization. Money, Munitions, and Machines*, in: H. Strachan (Hg.), *The Oxford Illustrated History of the First World War*, Oxford 1998, S. 134-148; H. Strachan, *The First World War. Volume 1: To Arms*, Oxford 2003, S. 993-1005 und S. 1049-1113; S. Fehr, *Die „Stickstofffrage“ in der deutschen Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs und die Rolle der neutralen Schweiz*, Nordhausen 2009 sowie P. Luciri, *L'industrie Suisse à la rescousse des armées alliées: Un épisode de la coopération interalliée pendant l'été 1915*, in: *Relations internationales*, 1 (1974), S. 99-114, hier S. 101-104.

3 Vgl. dazu O. Goebel, *Deutschlands Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg. Einschließlich des Hindenburg-Programms*, Stuttgart 1930, S. 19.

Munition und Rohmaterialien (wie Stahl, Kupfer oder Bronze) erhalten. Dazu kamen umfangreiche Lieferungen der amerikanischen Maschinenindustrie; auf die Kriegsmateriallieferungen der Schweiz wurde in diesem Beitrag aber mit keinem Wort eingegangen.⁴ Während über die humanitären Leistungen des Landes immer wieder ausführlich berichtet wurde, sind Informationen über die Kriegsmateriallieferungen in der zeitgenössischen Berichterstattung nur spärlich zu finden – und dieses Schweigen hielt auch in der schweizerischen Geschichtsschreibung für Jahrzehnte an. Weiterführende Informationen zum Export von Kriegsmaterial findet man in den Arbeiten von David Daniel Driscoll, Hans Rudolf Ehrbar, Pierre Luciri und Heinz Ochsenbein erst seit den 1960er und 1970er Jahren⁵ und verstreut in einigen neueren Untersuchungen von Hélène Pasquier, Pierre-Yves Donzé, Christine Gagnebin-Diacon und Patricia Hostettler zur schweizerischen Uhrenindustrie.⁶ Im Folgenden soll auf der Basis der bestehenden Literatur und anhand von Quellen aus verschiedenen in- und ausländischen Archiven danach gefragt werden, was für einen Umfang diese Lieferungen im Verlauf des Krieges annahmen, wie sie mit der schweizerischen Neutralität ver-

⁴ E. Baker, Etwas über die amerikanischen Kriegsgeschäfte, in: Schweizer Illustrierte Zeitung, Nr. 34, 19.8.1916, S. 534-536. Zu den Kriegsmateriallieferungen und den enormen Gewinnen der amerikanischen Rüstungsindustrie vgl. R. Fuchs, Die Kriegsgewinne der verschiedenen Wirtschaftszweige in den einzelnen Staaten an Hand statistischer Daten dargestellt, Zürich 1918, S. 112-122; T. Balderston, Industrial Mobilization and War Economics, in: J. Horne (Hg.), A Companion to World War I, Malden 2010, S. 217-233, hier S. 218 sowie den Beitrag „Der Dividendensegen der amerikanischen Kriegsindustrie“, in: Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung. Organ des Zentral-Verbandes Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen 11, 1916, S. 80.

⁵ Vgl. dazu D.D. Driscoll, Anglo-Swiss Relations 1914-1918 with Special Reference to the Allied Blockade of the Central Powers, London 1968; H.R. Ehrbar, Schweizerische Militärpolitik im Ersten Weltkrieg. Die militärischen Beziehungen zu Frankreich vor dem Hintergrund der schweizerischen Aussen- und Wirtschaftspolitik 1914-1918, Bern 1976; P. Luciri, Le prix de la neutralité. La diplomatie de la Suisse en 1914-1915, avec des documents d'archives inédits, Genève 1976; Luciri, L'industrie Suisse, S. 99-114 sowie H. Ochsenbein, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit 1914-1918. Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz, Bern 1971.

⁶ Vgl. dazu H. Pasquier, Uhren, Kompass und elektrische Zähler. Longines, 1910-1925, in: R. Rossfeld/T. Straumann (Hg.), Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, Zürich 2008, S. 151-169; P.-Y. Donzé, De l'obus à la montre. La Première Guerre mondiale et l'industrialisation de l'horlogerie à La Chaux-de-Fonds, in: V. Groebner et al. (Hg.), Kriegswirtschaft und Wirtschaftskrieg, Zürich 2008, S. 135-153; P.-Y. Donzé, Les patrons horlogers de La Chaux-de-Fonds. Dynamique sociale d'une élite industrielle (1840-1920), Neuchâtel 2007; C. Gagnebin-Diacon, La fabrique et le village: La Tavannes Watch Co (1890-1918), Porrentruy 2006; P. Hostettler, Fabrication de guerre ou la manne des munitions. Le cas de la fabrique de montres Zénith, 1914-1918, in: Musée neuchâtelois 3, 1991, S. 111-128 sowie P. Hostettler, Naissance et croissance de la fabrique de montres Zénith, in: Chronométraphilia 31, 1991, S. 13-54.

einbar waren und mit welchen Argumenten sie im Verlauf des Krieges befürwortet oder kritisiert wurden.

1 Organisation und Umfang erster Kriegsmateriallieferungen seit Ende 1914

Die Schweiz war bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht nur eines der am stärksten industrialisierten Länder der Welt überhaupt, sondern verfügte auch über eine international renommierte – und stark exportorientierte – Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie. Bereits im Februar 1915 hatte die *Neue Zürcher Zeitung* festgehalten: „Den einen Vorteil der Neutralität, mit niemand verfeindet zu sein, sollte die schweizerische Industrie ausnützen können.“⁷ Im Bereich des Kriegsmaterial-Exportes verfolgte die Schweiz seit der Frühen Neuzeit aber eine traditionell restriktive Linie, die auch zu Beginn des Krieges noch verfolgt wurde. Nach Dürst hatte die Tagsatzung seit dem Dreißigjährigen Krieg konsequent an einem staatlichen und privaten Ausfuhrverbot für Waffen und Munition festgehalten, das auch im 19. Jahrhundert noch Bestand hatte. Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 verbot der Bundesrat den Export von Kriegsmaterial, und seit 1848 bestand durch das „Pulverregal“ (Artikel 41 der Bundesverfassung) außerdem ein Staatsmonopol für die Fabrikation und den Verkauf von Schießpulver, dessen Ausfuhr damit ebenfalls unterbunden war.⁸ Dieser restriktiven Tradition folgend, verbot der Bundesrat schon am 4. August 1914 die „Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial in die angrenzenden kriegführenden Staaten sowie die Ansammlung solcher Gegenstände im betreffenden Grenzgebiete“.⁹

Die Ausfuhr von Kriegsmaterial wurde damit unter die Kontrolle des Bundes gestellt; nicht verboten war hingegen der Export von Munitionsbestandteilen, der in der Folge rasch einsetzte und in seiner Dynamik auch die Bundesbehörden überraschte. Völkerrechtlich war die Lieferung von Kriegsmaterial durch *private*

⁷ Der Krieg und die schweizerische Industrie, NZZ, Nr. 184, 16.2.1915, o. S. Vgl. dazu auch *Luciri*, *Le prix de la neutralité*, S. 281.

⁸ Vgl. dazu ausführlicher *D. Dürst*, *Schweizerische Neutralität und Kriegsmaterialausfuhr*, Zürich 1983, S. 85-93 sowie *K. Urner*, *Neutralität und Wirtschaftskrieg. Wie die Abschnürung durch Blockade und Gegenblockade verhindert wurde*, in: *K. Angst (Hg.)*, *Der zweite Weltkrieg und die Schweiz*, Zürich 1997, S. 47-87, hier S. 60 f.

⁹ Verordnung betreffend Handhabung der Neutralität der Schweiz vom 4. August 1914, zit. nach *H.R. Kurz*, *Dokumente der Grenzbesetzung 1914-1918*, Frauenfeld 1970, S. 31.

Unternehmen grundsätzlich erlaubt. Der Armeestab hatte bereits am 22. September 1914 die Ansicht vertreten, „dass Lieferungen der Privatindustrie an kriegführende Länder völkerrechtlich keiner Einschränkung unterliegen“.¹⁰ Die Haager Konvention von 1907 hatte *staatliche* Kriegsmateriallieferungen aus neutralen Staaten zwar verboten. Ausgehend von wirtschaftsliberalen Überlegungen war ein neutraler Staat aber „nicht verpflichtet, die [...] Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition und überhaupt von allem, was für ein Heer oder eine Flotte nützlich sein“ konnte, zu verhindern.¹¹ Staatliche Verbote privater Kriegsmateriallieferungen standen neutralen Staaten zwar offen, waren auf die Kriegführenden aber „gleichmäßig anzuwenden“.¹² Formell sollten alle Kriegsparteien „die selben Lieferungs- und Bezugchancen“ besitzen; der „Grundsatz der Unparteilichkeit“ bedeutete allerdings keine „materielle Gleichstellungspflicht“, die schon auf Grund bestehender Wirtschaftsbeziehungen und wirtschaftsgeographischer Pfadabhängigkeiten kaum durchsetzbar gewesen wäre. Nur der Staat war „zur Parität gegenüber den Kriegführenden verpflichtet“, sodass es privaten Unternehmen – ohne staatliche Verbote – grundsätzlich freigestellt war, an wen und wie viel Kriegsmaterial sie exportieren wollten.¹³

Ausgehend von dieser völkerrechtlichen Situation erstaunt es kaum, dass ausländische Staaten und Rüstungsfirmen schon bald nach Kriegsbeginn mit

10 Schweizerisches Bundesarchiv Bern (BAR), E6351B#1000/1040#11644*, Schreiben der Handelsabteilung des Politischen Departementes an die Schweizerische Oberzolldirektion, 26.2.1915.

11 Artikel 6 und 7 des XIII. Haager Abkommens betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Seekrieges, zit. nach *Dürst*, Schweizerische Neutralität, S. 70-73. Zu den völkerrechtlichen Bestimmungen vgl. auch *Urner*, Neutralität, S. 59 und *S.C. Neff*, The Rights and Duties of Neutrals. A General History, Manchester 2000, S. 127-136.

12 Artikel 9 des V. Haager Abkommens betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges, zit. nach *Dürst*, Schweizerische Neutralität, S. 70.

13 Generell verfolgte die Schweiz in der Außenwirtschaft zwar bereits 1915 eine (von der Entente geprägte) Politik des „courant normal“. Der Durchschnitt der Außenhandelsverteilung in den letzten Jahren vor dem Krieg galt dabei als Maßstab für den Handel mit den Krieg führenden Staaten im Krieg. Für den rasch zunehmenden, von den Krieg führenden Ländern explizit nachgefragten und vor dem Krieg bedeutungslosen Export von Munition hatte diese Regelung aber keine praktische Bedeutung. Die Produktion und Ausfuhr von Kriegsmaterial wurden in der Schweiz schließlich erst nach einer Volksabstimmung im Februar 1937 einer staatlichen Aufsicht unterstellt. Vgl. dazu *P. Hug*, Schweizer Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus. Unternehmensstrategien – Marktentwicklung – politische Überwachung, Zürich 2002, S. 54 f. und *Dürst*, Schweizerische Neutralität, S. 30 f. und S. 76. Zur Ergänzung des „Pulverregals“ (Artikel 41 der Bundesverfassung) durch die Volksabstimmung von 1937 vgl. *P. Hurni*, Die Haltung der Schweiz zur Kontrolle des internationalen Waffenhandels im Rahmen des Völkerbundes 1919-1925, in: *Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.)*, Studien und Quellen 6, 1980, S. 112-132, hier S. 125.

umfangreichen Aufträgen an Schweizer Unternehmen gelangten; und trotz des Verbots des Exportes von Kriegsmaterial vom August 1914 wurden die Ausfuhren in den folgenden Jahren nicht nur gegenüber neutralen, sondern auch den Krieg führenden Ländern stillschweigend toleriert. Im September 1915 stellte das Politische Departement mit erfrischender Offenheit fest, „die in großem Umfang in der Schweiz erstellten Munitionsbestandteile“ würden „unbeanstandet nach den verschiedenen Staaten“ exportiert und die Ausfuhr von „Messingfabrikaten“ nach Deutschland werde nur „aus praktischen Gründen“ – zur Umgehung des Ausfuhrverbotes – nicht als Munition deklariert.¹⁴ Bereits im März 1915 war auch die Ausfuhr von Nussbaumholz für die Herstellung von „Gewehrschäften“ erlaubt worden, die der Bundesrat am 21. Dezember 1914 noch abgelehnt hatte. Das Volkswirtschaftsdepartement wurde nun ermächtigt, „Bewilligungen nach dieser Richtung hin zu erteilen“; in Übereinstimmung mit der Auffassung des Volkswirtschaftsdepartementes sollten den privaten Unternehmen allerdings „keine Bewilligungen von Überarbeitszeit für die Ausführung der Munitionsbestellungen“ gegeben werden.¹⁵

Die Herstellung von Munition erfolgte nicht nur in großen, traditionsreichen Unternehmen wie Zénith (in Le Locle), Piccard-Pictet & Cie. (in Genf), den Schweizerischen Metallwerken (in Dornach) oder der Tavannes Watch Co. (in Tavannes), sondern auch in kleineren, über das ganze Land verstreuten gewerblichen Betrieben, die ihre Produktion auf den Kriegsbedarf umstellten.¹⁶ Zugleich führte

¹⁴ BAR, E1004.1*, Protokoll über die Verhandlungen des schweizerischen Bundesrates, 87. Sitzung, Freitag, 17. September 1915, Nr. 2165. Auch im Zweiten Weltkrieg ging der Bundesrat rasch von einem ursprünglich erlassenen Verbot des Exportes von Kriegsmaterial ab, zog sich auf die Haager Konvention zurück und tolerierte die Ausfuhr von Kriegsmaterial im großen Stil. Vgl. dazu *Urner*, Neutralität und Wirtschaftskrieg, S. 63 f.

¹⁵ BAR, E1004.1*, Protokoll über die Verhandlungen des schweizerischen Bundesrates, 22. Sitzung, Freitag, 5. März 1915, Nr. 520. Vertraulich, Politisches Departement, Antrag vom 4. März 1915: Ausfuhr von Munition nach Rumänien.

¹⁶ Für eine Übersicht zu den wichtigsten (Westschweizer) Produzenten von Zündern für die Entente im Januar 1917 vgl. *Ehrbar*, Schweizerische Militärpolitik, S. 149-152. Die Aktienmehrheit der Tavannes Watch Co. war in den Kriegsjahren im Besitz der Familie Schwob aus La Chaux-de-Fonds, die neben der Schwob Frères & Cie. hier auch noch die 1915 für die Herstellung von Munition gegründete Fusion SA mit einem Aktienkapital von 500.000 Franken betrieb. Zur Rolle von Zénith und der Tavannes Watch Co. vgl. *Hostettler*, Fabrication de guerre, S. 111-128; *Hostettler*, Naissance et croissance, S. 12-54 sowie *Gagnebin-Diacon*, La fabrique et le village, S. 45-47. Zur Zünderfabrikation und der weiteren Entwicklung der Schwob Frères & Cie. und der Tavannes Watch Co. in den 1930er und 40er Jahren vgl. *Hug*, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 441-451 und S. 720-738.

der Krieg zu einer „Hochflut“¹⁷ von Unternehmensgründungen, wobei „Munitionswerkstätten“, die sich hinter „euphemistischen Bezeichnungen“ wie „Messingdreherei“ oder „Fabrik für Präzisionsbestandteile“ verbargen, unter den Neugründungen besonders zahlreich waren. Die „grössere Zahl“ dieser Gründungen geschah nach Einschätzung der schweizerischen Fabrikinspektoren in spekulativer Absicht, und der Kampf „gegen die zunehmende Verwilderung der Verhältnisse“¹⁸ erwies sich trotz mehrerer Bundesratsbeschlüsse als schwierig. Gemäß der schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung war es den „ungeheuren, ohne jede Rücksicht auf die Preise vergebenen Aufträgen“ zu danken, dass „nicht nur Uhrmacher und Mechaniker, sondern auch Bäckermeister, Buchdrucker und Coiffeure um die Wette Munitionsfabriken gründeten“.¹⁹ Folgt man dem Tagebuch des freisinnigen Nationalrates und Schuhfabrikanten Eduard Bally (1847-1926), entstanden insbesondere im Jura „eine ganze Menge Kleinbetriebe von 1-3 Arbeitern für das Munitionsfach“,²⁰ die dem eidgenössischen Fabrikgesetz nicht unterstellt und deshalb kaum zu kontrollieren waren.

Besonders schwerwiegend war in den Krieg führenden Ländern der Mangel an Aufschlag- und Zeit- beziehungsweise Präzisionszündern für Schrapnell-Granaten, deren Herstellung technisch anspruchsvoll war und für deren Produktion die Uhrenindustrie besonders gut geeignet war. Zugleich war die Uhrenindustrie neben wenigen Großunternehmen durch eine Vielzahl kleiner Familienbetriebe geprägt, die sich schon vor dem Krieg auf die Herstellung von Einzelteilen spezialisiert hatten und als namenlose Zulieferer „keine Reputationsrisiken“²¹ bei der Munitionsfabrikation eingingen. Mitte Juli 1915 meldete Theo-

17 T. Geering, *Handel und Industrie der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkriegs* (Monographien zur Darstellung der schweizerischen Kriegswirtschaft 3), Basel 1928, S. 67. Zur Gründung von Unternehmen und Tarngesellschaften im Krieg vgl. *Ebda.*, S. 35 f. und F. Fick, *Die verschleierte und schieberhafte Gründung von Aktiengesellschaften* (Schweizer Zeitfragen 57), Zürich 1922.

18 Vgl. dazu Berichte der schweizerischen Fabrikinspektoren über ihre Amtstätigkeit in den Jahren 1916 und 1917, Aarau 1918, S. 51 f. und S. 109 f.

19 Vgl. dazu den Beitrag „Die Munitionsherstellung eine Gefahr für die schweizerische Industrie?“, in: Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung, Nr. 44, 3. November 1917, S. 222.

20 E. Bally, *Geschichte C. F. Bally AG 1*, Schönenwerd 1921, S. 929 (auf CD-ROM). 1917 hielt die Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung zu den Unternehmensgründungen und der Entwicklung in der Westschweizer Uhrenindustrie während des Krieges rückblickend fest: „Beaucoup de petits fabricants développèrent dans une très forte mesure leurs ateliers. Des contremaîtres, des chefs d'ateliers achetèrent des machines et fondèrent de petites usines dont quelques unes se développèrent très rapidement.“ Vgl. dazu „L'industrie de la munition et l'industrie horlogère“, in: Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung, Nr. 39, 29. September 1917, S. 194 f.

21 Zur Größe einzelner Unternehmen und der Entwicklung der Uhrenindustrie im Ersten Weltkrieg vgl. Geering, *Handel und Industrie*, S. 529-548 sowie Pasquier, *Uhren, Kompass und elektrische Zähler*, S. 154.



Abb. 1: Fabrikation von Munitionsbestandteilen an Revolverdrehbänken bei Piccard, Pictet & Cie. in Genf. Vor dem Krieg hatte das Unternehmen Wasserturbinen für die Erzeugung von Elektrizität und Automobile der Marke „Pic-Pic“ hergestellt.²²

phil Sprecher von Bernegg, Chef des Generalstabes der Armee, an das Politische Departement: „Ich habe durch den Generalsekretär der Neuenburger-Handels-Kammer erfahren, dass die Munitionsfabrikation für Frankreich eine immer größere Ausdehnung gewinnt. Auch für andere Staaten des Vierverbandes setzen die Lieferungen jetzt ein. In Chaux-de-Fonds sind mehrere Ingenieure der Creusotwerke ständig eingerichtet, um die Lieferungen zu kontrollieren und den Abtransport zu regulieren. In Tavannes arbeitet die Tavannes Watch Comp. ebenfalls ausschließlich für Frankreich. Sie soll in der letzten Zeit wiederholt durch französische Generale inspiziert worden sein. Auch soll der Unterstaatssekretär des (französischen) Kriegsministeriums, (Albert) Thomas, kürzlich dort

²² Quelle: Schweizerisches Landesmuseum, 102442.18. Zur Herstellung von Automobilen bei Piccard, Pictet & Cie. seit 1906 vgl. A. Waldis, Pic-Pic – der Schweizer Rolls-Royce. Paradermarke aus der Blütezeit des Schweizer Automobilbaus, in: NZZ, Nr. 205, 5.9.1995, S. 20.

gewesen sein.”²³ Ausgegangen waren diese Lieferungen aber nicht von Nachfragen der deutschen, französischen oder britischen Regierung, sondern von Schweizer Unternehmen, die seit Ende 1914 mit entsprechenden Angeboten an verschiedene Botschaften in Bern gelangt waren. Pierre Luciri hat diese frühen Munitionslieferungen und die mit der Munitionskrise verbundene, interalliierte Kooperation in einem bis heute wichtigen Beitrag bereits in den 1970er Jahren nachgezeichnet.²⁴ Frankreich hatte schon kurz nach Kriegsbeginn mehr als die Hälfte seiner nordfranzösischen Schwerindustrie verloren und musste unter der Leitung von Albert Thomas, „dem eigentlichen Schöpfer der französischen Kriegsindustrie”,²⁵ große Teile seiner Kriegsmaterialproduktion neu aufbauen. Bereits im Herbst 1914 hatte man begonnen, verdeckt Munition aus den Vereinigten Staaten zu beziehen; Angebote aus der Schweiz lehnte man Ende 1914 aber noch ab. Als die Anfragen von Schweizer Unternehmen an die französische Botschaft im Februar 1915 zunahmen, leitete die französische Regierung sie an die traditionsreiche französische Waffenschmiede Schneider (in Le Creusot) weiter. Schweizer Firmen begannen nun als Sub-Unternehmer für Schneider und weitere Waffenfirmen in Saint-Chamond und Toulon Zünder zu produzieren. Im Frühling 1915 erhielt auch der britische Militärattaché in Bern, Henry Philip Picot, verschiedene Angebote für Munitionslieferungen von Schweizer Unternehmen, die vom *War Office* in London zunächst aber noch ignoriert wurden.

Seit Mai 1915 nahmen die Bestellungen angesichts der katastrophalen Munitionsversorgung dann deutlich zu; zugleich wurde aber auch befürchtet, die Schweizer Firmen würden ihre Produkte sonst nach Deutschland oder Österreich-Ungarn exportieren.²⁶ In Frankreich war zur Verbesserung der kriegswirtschaftlichen Organisation im Mai 1915 Albert Thomas zum Unterstaatssekretär für Artillerie und Munition ernannt worden und in Großbritannien war nach dem „shell scandal“ (der öffentlichen Kritik der Militärführung an der mangelnden Munitionsversorgung) fast gleichzeitig das *Ministry of Munitions* unter der Leitung von

²³ BAR, E2001, A 100/45, Nr. 758, Bern, 13. Juli 1915, Chef des Generalstabes der Armee, Sprecher, an das Politische Departement. Die in Klammern erfassten Ergänzungen sind zum besseren Verständnis durch den Vf. eingefügt worden.

²⁴ Zu den folgenden Ausführungen vgl. *Luciri*, *L'industrie suisse*, S. 99-114. Zum Aufbau eines französischen Kontroll- und Spionagedienstes in der Schweiz seit 1914 vgl. auch *Ehrbar*, *Schweizerische Militärpolitik*, S. 77-80.

²⁵ *Fuchs*, *Die Kriegsgewinne*, S. 108. Zur Bedeutung von Thomas für den Aufbau der französischen Kriegsmaterialproduktion vgl. auch *A. Hennebique*, *Albert Thomas and the War Industries*, in: *P. Fridenson (Hg.), The French Home Front 1914-1918*, Providence 1992, S. 89-134 sowie die Kapitel 6 und 7 in *J.F. Godfrey, Capitalism at War. Industrial Policy and Bureaucracy in France 1914-1918*, Leamington 1987, S. 181-220.

²⁶ Vgl. dazu die entsprechenden Belege bei *Luciri*, *L'industrie suisse*, S. 106 und S. 109.



Abb. 2: Kontrolle der Lieferung von Munitionsbestandteilen eines Subunternehmers durch Kinder und Jugendliche bei Piccard, Pictet & Cie. in Genf. Das eidgenössische Fabrikgesetz war schon kurz nach Kriegsbeginn stark gelockert worden und ermöglichte nun auch die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitskräften.²⁷

David Lloyd George geschaffen worden. Der Bundesrat hatte den Export von Munitionsbestandteilen inzwischen gutgeheißen, und die Lieferungen der Schweizer Unternehmen wurden von der französischen und britischen Regierung nun immer enger koordiniert und kontrolliert. René Piaton, ein französischer Handelsdelegierter „chargé de la surveillance de la fabrication des munitions françaises en Suisse“²⁸ hatte bereits seit März 1915 Kontrollen in Schweizer

²⁷ Quelle: Schweizerisches Landesmuseum, 102442.31.

²⁸ Luciri, *L'industrie suisse*, S. 109 sowie Luciri, *Le prix de la neutralité*, S. 177 f. Frankreich gestattete Lieferungen von Metallen in die Schweiz schon seit dem März 1915 nur noch, „wenn der Bundesrat ausdrücklich Garantie gegen jede Wiederausfuhr leistete und die Firmen gleichzeitig direkte Kontrollen durch fremde Agenten akzeptierten“. Ochsenbein, *Die verlorene Wirtschaftsfreiheit*, S. 103 f. Zu den britischen Kontrollen bei der Metallausfuhr vgl. Ebda., S. 136 f.

Unternehmen durchgeführt und im Juni 1915 kamen mit René Besnard (aus Frankreich) und Robert John Angus (aus Großbritannien) zwei weitere Delegierte dazu. Um zu verhindern, dass Deutschland Kriegsmaterial aus der Schweiz bezog, sollten jetzt Aufträge an möglichst viele Schweizer Unternehmen vergeben werden.²⁹

Im August 1915 wurde die Verteilung der Rohstoffe für die immer umfangreicheren Geschäfte schließlich in einem Bureau bei Zénith in Le Locle konzentriert und von dem Briten Ernest E. Sawyer vor Ort kontrolliert. Sawyer schloss im Auftrag des Ministry of Munitions nicht nur Lieferverträge mit Schweizer Firmen ab, sondern organisierte – und garantierte – auch den Transport der benötigten Rohstoffe zu den einzelnen Unternehmen.³⁰ Zuvor war die große Zahl kleiner Betriebe in der Uhrenindustrie über den Schweizer „Munitionskönig“ Jules Bloch aus La Chaux-de-Fonds mit Aufträgen versorgt worden, dessen Werdegang den Umfang der Munitionslieferungen rasch deutlich werden lässt. Bloch hatte nach Kriegsbeginn zunächst als Agent für die französische Waffenfirma Schneider in Le Creusot gearbeitet und gründete 1915 mit seinem Bruder Georges Bloch und weiteren Geschäftspartnern die Société suisse de décolletage SA mit einem Aktienkapital von 200.000 Franken.³¹ 1916 beteiligte er sich über eine Aktienkapitalerhöhung mit seinen Brüdern Edgar und Georges Bloch an der V^{ve} Charles-Léon Schmid SA, deren Leitung er anschließend übernahm. 1917 wurden die beiden Unternehmen zusammengelegt, der Produktionsapparat wurde mit hohen Investitionen modernisiert und die V^{ve} Charles-Léon Schmid SA schließlich zu einem der „centres névralgiques“³² der schweizerischen Munitionsfabrikation im Ersten Weltkrieg. Von den 1917 für die Kriegsmaterialproduktion der Entente monatlich zur Verfügung gestellten 1.350 Tonnen Messing ging allein ein Drittel an Jules Bloch aus La Chaux-de-Fonds.³³ Bloch wurde im Verlauf des Krieges zum Multimillionär – und nach dem Krieg in einem Aufsehen erregenden Prozess wegen Beamtenbestechung und Kriegsgewinnsteuer-Hinterziehung vom Bundesstrafgericht in Lausanne zu acht Monaten Gefängnis

und S. 145-151. Zur interalliierten Koordination bei der Beschaffung von Rüstungsgütern vgl. auch *Balderston*, *Industrial Mobilization*, S. 226 f.

29 Vgl. dazu *Luciri*, *L'industrie suisse*, S. 110.

30 Das von Sawyer geleitete „bureau des fournitures de munitions destinées aux Alliés“ bestand sicher bis zum Sommer 1917 (und vermutlich bis zum Ende des Krieges). *Driscoll*, *Anglo-Swiss Relations*, S. 248.

31 Vgl. dazu *Donzé*, *Les patrons horlogers*, S. 170-173.

32 *Ebda.*, S. 173.

33 *Ehrbar*, *Schweizerische Militärpolitik*, S. 152 f.

und einer Buße von 10.000 Franken verurteilt.³⁴ Laut Anklageschrift hatte Bloch – nach dem Krieg im Genfer Nobelvorort Coligny wohnhaft – mit der Vermittlung von Munitionsgeschäften 1915 4,8 Mio., 1916 14,1 Mio. und 1917 19,8 Mio. Franken Gewinn erzielt und zugleich Steuern in Höhe von mehr als 11 Mio. Franken hinterzogen.³⁵ 1920 wurde die Steuerforderung (inklusive Strafsteuern) von der Rekurskommission der eidgenössischen Steuerverwaltung von ursprünglich 22,4 Mio. auf 16,7 Mio. Franken reduziert, von denen Bloch – nach hohen Verlusten in der Nachkriegskrise – schließlich 4,3 Mio. Franken an den Bund zu zahlen hatte.³⁶ Trotz des Verfahrens blieb die V^{re} Charles-Léon Schmid SA unter seiner Leitung aber auch nach dem Krieg einer der wichtigsten Uhrenproduzenten in La Chaux-de-Fonds.

Da die Schweiz nicht oder nur in unbedeutenden Mengen über eigene Rohstoffe verfügte, wurden die Munitionslieferungen schon zu Beginn des Krieges hauptsächlich als Veredelungsverkehr zwischen der Schweiz und den Krieg führenden Ländern abgewickelt. Die Auftraggeber stellten nicht nur die Rohstoffe, sondern zum Teil auch die benötigten Maschinen zur Verfügung, gingen im Verlauf des Krieges aber zu immer schärferen Kontrollen über, um sicherzu-

34 Zur Affäre Bloch vgl. R. Rossfeld, „Rechte hat nur, wer Kraft hat“. Anmerkungen zur Schweizer Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, in: R. Rossfeld/T. Buomberger/P. Kury (Hg.), 14/18: Die Schweiz und der Grosse Krieg, Baden 2014, S. 144-171, hier S. 156 f. sowie die Berichterstattung in *Feuille d'avis de Lausanne*, 20.1.1919, S. 9, *La Tribune de Lausanne*, 21.1.1919, S. 4, 22.1.1919, S. 3 sowie 31.1.1919, S. 2. Auch die in La Chaux-de-Fonds erscheinende Tageszeitung *L'Impartial* berichtete ausführlich – aber ausgesprochen einseitig und mit dem Hang zu Verschwörungstheorien – über die Affäre Bloch. Vgl. dazu die Berichterstattung zum Prozess im Januar 1919 sowie die fünfteilige, retrospektive Artikelserie „Deux ans après: L'affaire Jules Bloch“ in *L'Impartial*, 26.1.1921, 27.1.1921, 29.1.1921, 31.1.1921 sowie 3.2.1921. Bloch hatte nicht nur hohe Kriegsgewinne erzielt, sondern war in der Westschweiz auch als großzügiger Patron aufgetreten und hatte hohe Summen für gemeinnützige Zwecke gespendet. Die Errichtung einer Polyklinik in La Chaux-de-Fonds wurde von ihm ebenso unterstützt wie ein Sanatorium für Tuberkulose oder der Neubau der Offizierskantine der Kaserne in Colombier. Für weitere Beispiele vgl. NZZ, Nr. 1050, 10.8.1918 sowie *La Tribune de Lausanne*, 9.8.1918.

35 *Feuille d'avis de Lausanne*, 20.1.1919, S. 9.

36 Gemäß der Rekurskommission betrug der steuerbare Kriegsgewinn von Bloch 1915 3,8 Mio., 1916 12,1 Mio. und 1917 11,5 Mio. Franken. Vgl. dazu den Rekursentscheid Nr. 356 vom 15.6.1920 in BAR, E6300B#1969/25#16* sowie die detaillierte Antwort der Steuerverwaltung auf eine kleine Anfrage zum „Kriegsgewinnsteuerfall Jules Bloch“ im Nationalrat vom 20.1.1921 in BAR, E6300B#1000/1034#166*. Zu den Steuerforderungen vgl. auch BAR, E4110A#1000/1803#415* (zur Frage der Sequestrierung von in Frankreich liegenden Vermögen) sowie BAR, E1005#1000/16#7* und BAR, E6300B#1000/1034#166*, Protokolle des Bundesrates zur „Affaire Jules Bloch“ vom 26.11.1920, 31.12.1920 und 1.4.1921 sowie Informationen zur im Januar 1921 an den Bund verkauften ehemaligen Villa von Bloch an der Rue de Lausanne 154 in Petit-Saconnex.

stellen, dass die gelieferten Rohmaterialien nicht für Exporte an den Kriegsgegner genutzt wurden.³⁷ Während die vorwiegend im Jurabogen konzentrierte feinmechanische Uhrenindustrie Präzisionszünder für Artilleriegeschosse lieferte, exportierte die mehrheitlich in der Ostschweiz angesiedelte Metall- und Maschinenindustrie neben verschiedensten, für die Munitionsfabrikation benötigten Werkzeugmaschinen (wie Drehbänke, Fräs-, Bohr- oder Stanzmaschinen) auch Granathülsen und weiteres Kriegsmaterial. Georg Fischer in Schaffhausen lieferte verschiedene Bestandteile für Kriegsschiffe, Haubitzen, Maschinengewehre, Feldküchen oder Minenwerfer und „komplizierte Stahlgussteile“ für den Flugzeug- und U-Bootbau nach Deutschland.³⁸ Bei der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft (SIG) in Neuhausen deckte nicht nur der Bund seinen Bedarf an „Bestandteilen für Handfeuerwaffen, an blanken Waffen, Zünderteilen für Artilleriegeschosse, Beschlägen für Kriegsfuhrwerke und Maschinengewehrteilen“. Auch Deutschland bestellte hier „in sehr erheblichen Mengen Gewehrläufe und Bestandteile für Maschinengewehre“; namhafte Bestellungen kamen aber auch von Seiten der Entente. Die Lieferungen ermöglichten der SIG „nicht nur eine gesteigerte Ausnutzung der Leistungskapazität, sondern erleichterten auch sehr erheblich die Materialbeschaffung aus dem Ausland“.³⁹

37 Kupfer war zum „Veredelungsverkehr“ zwischen der Schweiz und den Krieg führenden Staaten zwar zugelassen, England und Frankreich hatten Kupfer und andere kriegswichtige Metalle wie Aluminum, Nickel oder Roheisen aber schon Ende 1914 zur „Kriegskonterbande“ erklärt und gingen rasch zu scharfen Verwendungskontrollen dieser Rohstoffe (insbesondere mit Blick auf Exporte an den Kriegsgegner) über. Vgl. dazu *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 102 f. und S. 145 f. In Artikel 12 der Ausfuhrbestimmungen der „Société Suisse de Surveillance Economique“ (S.S.S.), einer seit November 1915 bestehenden kriegswirtschaftlichen Überwachungsgesellschaft der Entente (für die Kontrolle des Warenverkehrs mit den Mittelmächten), wurde zum Export von Kupfer festgehalten: „Die Ausfuhr von Kupfer in jeder Form (Messing, Bronze) unter Einschluss des Altkupfers ist strengstens verboten. [...] Keine von den für die Ausfuhr von Kupfer nach einem kriegführenden Staat bewilligten Ausnahmen darf es ermöglichen, dass Kupfer enthaltende Kriegsmunition aus der Schweiz nach einem kriegführenden Staat ausgeführt wird, falls das Kupfer (wenn auch in noch so geringen Mengen) aus einem mit diesem kriegführenden Staate im Kriegszustande befindlichen Lande stammt.“

38 A. Knoepfli, Stahlguss, Suppen, Unterhosen – Schweizer Firmen im Ersten Weltkrieg, in: Hegau. Zeitschrift für Geschichte, Volkskunde und Naturgeschichte des Gebietes zwischen Rhein, Donau und Bodensee 71, 2014, S. 199-216 hier S. 202. Vgl. dazu auch A. Knoepfli, Enormer Verschleiß auf den Kriegsschauplätzen, in: Schaffhauser Nachrichten, 26. Juni 2014, S. 2 sowie A. Knoepfli, „... das äußerste herausgeholt“: Die Eisen- und Stahlwerke Georg Fischer im Ersten Weltkrieg, in: *Rossfeld*, Der vergessene Wirtschaftskrieg, S. 171-199.

39 T. Keller, Schweizerische Industrie-Gesellschaft Neuhausen am Rheinfall, 1853-1953, Neuhausen 1953, S. 222. Zur Entwicklung der SIG im Ersten Weltkrieg vgl. auch C. Koller, Kriegs-

2 Exportzahlen und Verteilung der Exporte auf einzelne Länder

Schon ein kurzer Blick auf die Exportzahlen macht deutlich, dass es sich bei den Munitionslieferungen um große, für die Krieg führenden Länder relevante Geschäfte handelte. Im Gegensatz zur Ausfuhr von zivilen Gütern – wo der Höhepunkt der Kriegskonjunktur bereits 1916 erreicht war – dauerte der Export von kriegswichtigen Gütern bis 1918 an.⁴⁰ Mit der Verschärfung des Wirtschaftskrieges nach der interalliierten Wirtschaftskonferenz in Paris im Juni 1916 kann insbesondere das Jahr 1917 als eigentliches Rekordjahr bezeichnet werden, in dem alle bisherigen Exportzahlen noch einmal deutlich übertroffen wurden.⁴¹ Waren schon 1916 Munitionsbestandteile im Wert von insgesamt 210 Mio. Schweizer Franken exportiert worden, stieg dieser Wert ein Jahr später auf den Höchststand von rund 300 Mio. Franken an, was rund 9 Prozent beziehungsweise 13 Prozent des gesamten Exportes der Schweiz in diesen Jahren entsprach.⁴² Im Februar 1916 schätzte Ernest E. Sawyer die Schweizer Munitionslieferungen für die Entente auf 400.000 Zünder pro Woche für Frankreich, 100.000 Zünder pro Woche für England und 100.000 Zünder pro Woche für Italien. Dazu kamen die Lieferung von Zünderteilen („friction tubes“ und „extra fuses“) in Millionenhöhe nach England sowie der Export von Granathülsen nach Frankreich.⁴³ Im Januar 1917 lagen allein für Westschweizer Unternehmen Bestellungen der Entente für rund 18 Mio. Zünder vor. Piccard-Pictet & Cie. (in Genf) lieferte zu diesem Zeitpunkt 200.000 Zünder pro Woche nach England; bei Zénith (in Le Locle) und der H.

oder Friedensgewinnler? Die Schweizerische Industrie-Gesellschaft Neuhausen, 1910-1925, in: Rossfeld, *Der vergessene Wirtschaftskrieg*, S. 225-257.

40 Geering, *Handel und Industrie*, S. 48 f. und S. 575 f.

41 Zur Verschärfung des Wirtschaftskrieges nach der interalliierten Wirtschaftskonferenz in Paris vgl. G.-H. Soutou, *L'or et le sang: Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale*, Paris 1989, S. 261-271.

42 Gagnebin-Diacon, *La fabrique et le village*, S. 45 f. Die Angabe basiert auf den Exportzahlen eiserner Schmiedewaren und Kupferwaren in den Jahren 1916 und 1917. Ähnliche, insgesamt aber etwas niedrigere Zahlen, die auf einer vorsichtigeren Interpretation der Exporte basieren bei Ehrbar, *Schweizerische Militärpolitik*, S. 159. Der Umfang der Lieferungen ist vergleichbar mit den Kriegsmaterialexporten im Zweiten Weltkrieg, die aber mehrheitlich nach Deutschland gingen. Vgl. dazu *Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg*, Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht, Zürich 2002, S. 205 f.

43 National Archives at College Park (NACP), RG 84, Records of Foreign Service Posts, Diplomatic Posts Switzerland, Volume 123. Supplies for the Allies furnished by Switzerland, as stated by Mr. Sawyer, Minister of Munition for England at Berne.

Cuénod SA (in Châtelaine) waren es 50.000, aber auch kleinere Firmen lieferten tausende von Zündern pro Woche an die Entente. Der von Jules Bloch geleiteten V^{ve} Charles-Léon Schmid SA (in La Chaux-de-Fonds) lagen zu diesem Zeitpunkt Bestellungen für eine Million Zünder aus Italien vor, bei der Fusion SA (in La Chaux-de-Fonds) waren es 900.000 Zünder für Frankreich, und bei LeCoultre (in Le Sentier) beliefen sich die Bestellungen auf 600.000 Zünder für Rumänien.⁴⁴ Nach Ehrbar leistete die Schweiz damit einen „beachtlichen Beitrag“ zur alliierten Rüstungsproduktion; und zu den hier genannten „kompletten Zündersätzen“⁴⁵ kam noch eine große Menge von einzelnen Bestandteilen wie Zündhütchen, Zündfedern oder Schlagbolzen hinzu, die an ausländische Rüstungsfirmen geliefert wurden.

Im Januar 1917 hatte allein die bereits erwähnte französische Waffenschmiede Schneider (in Le Creusot) 2,8 Mio. „Zünderteilsätze“⁴⁶ bei Jules Bloch in La Chaux-de-Fonds bestellt. Während sich die Exportmengen der eisernen Schmiedewaren (faktisch Stahlmänteln für Artilleriegeschosses) bis 1917 vervierfachten, stiegen sie bei den Werkzeugmaschinen und Kupferwaren um rund das Zwölfwache. In nominalen Preisen stieg die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen von 2,5 Mio. Franken 1913 auf 48,7 Mio. Franken 1916, der Export eiserner Schmiedewaren erhöhte sich von 20,2 Mio. 1913 auf 85,2 Mio. 1917, und die Ausfuhr von Kupferwaren stieg im selben Zeitraum spektakulär von 4,6 auf 214,3 Mio. Franken.⁴⁷ 1916 sprach der Bericht über Handel und Industrie mit Blick auf den vor dem Krieg noch relativ unbedeutenden Werkzeugmaschinenbau und den Export von tausenden von Werkzeugmaschinen in den Kriegsjahren von einer „treibhausartigen Entwicklung“ – und wies damit nicht nur auf die Dynamik,

⁴⁴ Vgl. dazu die Zusammenstellung der im Januar 1917 von der Entente in Schweizer Unternehmen bestellten Zünder und die damit verbundenen Lieferbedingungen in Ehrbar, Schweizerische Militärpolitik, S. 149 f. Zur Bedeutung der Vve Charles-Léon Schmid SA und der Fusion SA vgl. Donzé, De l'obus à la montre, S. 139-142.

⁴⁵ Ehrbar, Schweizerische Militärpolitik, S. 151. Wie umfangreich diese Lieferungen waren, wird auch deutlich, wenn man sie mit der gesamten Munitionserzeugung Österreich-Ungarns in den Jahren 1915-1917 vergleicht. Nach Wegs stellte Österreich-Ungarn 1915 monatlich 1,3 Mio. Artilleriegeschosse her, 1916 waren es 2 Mio. und 1917 1,4 Mio. R.J. Wegs, Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, Wien 1979, S. 120.

⁴⁶ Ehrbar, Schweizerische Militärpolitik, S. 152.

⁴⁷ Geering, Handel und Industrie, S. 559 und S. 575. Zum Export von Werkzeugmaschinen vgl. auch Ehrbar, Schweizerische Militärpolitik, S. 165 f. sowie E. Casanova, Die Entwicklung der schweizerischen Maschinenindustrie während des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit 1914-1931, Lugano 1936, S. 101-105.

sondern auch das Risiko einer Überhitzung der Kriegskonjunktur hin.⁴⁸ Hatte der Anteil der Werkzeugmaschinen an der Gesamtausfuhr der schweizerischen Maschinenindustrie vor dem Krieg (mengen- und wertmäßig) noch bei rund 2 Prozent gelegen, stieg dieser Wert bis 1916 mengenmäßig auf rund 20 Prozent und wertmäßig auf über 27 Prozent.⁴⁹ Allein diese im engeren Sinn für die Munitionsfabrikation getätigten Exporte summierten sich im Verlauf des Krieges auf nominal rund 850 Mio. Franken.

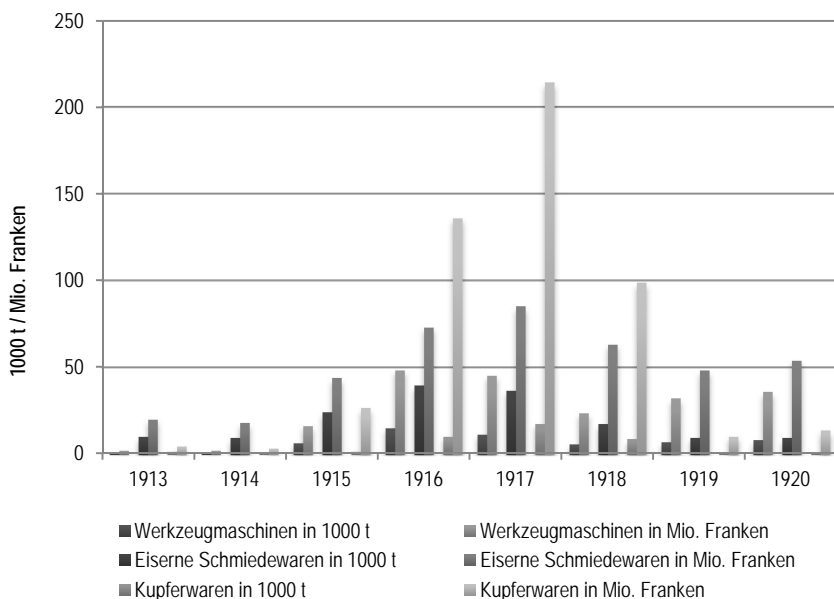


Abb. 3: Export von Werkzeugmaschinen, eisernen Schmiedewaren und Kupferwaren, 1913-1920 (in 1.000 Tonnen und Mio. Franken)⁵⁰

Das stärkste prozentuale Wachstum im Export verzeichnete „gesägtes Nutzholz“, dessen Ausfuhr sich bis 1916 in nominalen Preisen fast vervierzigfachte und das gemeinsam mit dem ebenfalls stark wachsenden Export von Baracken und Zement für den Bau von Bunkern, Schützengräben und Unterständen benötigt wur-

⁴⁸ Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahr 1916. Erstattet vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Zürich 1917, S. 162.

⁴⁹ Casanova, Maschinenindustrie, S. 92 und S. 104.

⁵⁰ Quellen: Berichte über Handel und Industrie, 1913-1920; Casanova, Die Entwicklung der schweizerischen Maschinenindustrie; Ehrbar, Schweizerische Militärpolitik.

de.⁵¹ An zweiter Stelle folgten die hauptsächlich von der Uhrenindustrie fabrizierten „abgedrehten Kupferwaren“, deren Export sich bis 1916 fast verdreißigfachte und danach weiter stieg.⁵² Mengenmäßig wurden 1917 zwar doppelt so viele eiserne Schmiedewaren wie Kupferwaren exportiert, wertmäßig war dieses Verhältnis jedoch umgekehrt. Die Westschweizer Historikerin Christine Gagnebin-Diacon spricht mit Blick auf die Uhrenindustrie von einem „véritable fièvre des affaires durant la guerre“.⁵³ Die Aufnahme der Munitionsfabrikation führte zu einer „Verdoppelung ihres Produktionsumfanges“⁵⁴ und im Rekordjahr 1917 wurden schließlich mehr „Kupferwaren“ als Uhren exportiert. Das 1865 gegründete Unternehmen Zénith mit Tochtergesellschaften in London, Paris und Wien konnte seinen Reingewinn innerhalb von zwei Jahren sprunghaft von 322.000.- (1913/14) auf 2.304.000.- (1915/16) steigern. Dazu kamen hohe Amortisationen und die Bildung großer Reserven, die Ausschüttung eine Superdividende von 12-14 Prozent (in den Jahren 1916-1919) sowie die Auszahlung hoher Gratifikationen an Direktion und Arbeiterschaft.⁵⁵ Ähnliche Zahlen lassen sich auch für die (Ostschweizer) Metall- und Maschinenindustrie belegen. Bei Georg Fischer in Schaffhausen verdoppelte sich die Zahl der Beschäftigten in den Kriegsjahren, und in der „Waffenfabrik“ der SIG in Neuhausen stieg die Zahl der Arbeiter von 336 (1914/15) bis auf 782 (1917/18).⁵⁶

51 Zum außergewöhnlich rasch wachsenden Export von Holzwaren, Baracken und Zement vgl. *Geering*, Handel und Industrie, S. 40 f., S. 731-736 und S. 786-789.

52 Vgl. dazu *Geering*, Handel und Industrie, S. 575; *Ehrbar*, Schweizerische Militärpolitik, S. 302 f. und *H. Sieveking*, Schweizerische Kriegswirtschaft, (Veröffentlichungen der Deutschen Handelskammer in der Schweiz 1), Lausanne 1922, S. 104f. Der Anteil der „abgedrehten Kupferwaren“ (Zollposition 834) an der Gesamtausfuhr von Kupferwaren betrug 1914 4,7 Prozent, 1915 56,4 Prozent, 1916 93,1 Prozent, 1917 73,3 Prozent und 1918 48,3 Prozent. Die große Bedeutung des Kupfers für die Munitionsfabrikation zeigt sich auch darin, dass von den 1917 aus Frankreich importierten 4.046,8 Tonnen Kupfer nur 188,3 Tonnen über die S.S.S. importiert (und kontrolliert) wurden. Kupfer, das für die Fabrikation von Munition diente und anschließend wieder nach Frankreich ausgeführt wurde, unterlag nicht der Kontrolle durch die S.S.S. Vgl. dazu Société Suisse de Surveillance Economique 1915-1919. Tableau de son activité, Berne 1920, S. 91 f.

53 *Gagnebin-Diacon*, La fabrique et le village, S. 45.

54 *Geering*, Handel und Industrie, S. 577 f.

55 Prozentual blieb die Dividende von 6 Prozent als Ausweis von Stabilität vor und während der Kriegsjahre zwar gleich; nominal erhöhte sie sich aber von 45 Franken pro Aktie (1914/15) auf 100 Franken (1916/17). Vgl. dazu *Hostettler*, Fabrication de guerre, S. 118-123; SWA, H+I, Bh 28 sowie *Hostettler*, Naissance et croissance, S. 50-52. Zu – von der Dynamik der Entwicklung her – vergleichbaren Zahlen in der deutschen, österreichischen, französischen und amerikanischen Rüstungsindustrie vgl. *Fuchs*, Die Kriegsgewinne, S. 84-122.

56 Vgl. dazu *Knoepfli*, Enormer Verschleiß auf den Kriegsschauplätzen, sowie *Ch. Koller*, Ladehemmungen. Streiks in der schweizerischen Rüstungsindustrie in den beiden Weltkriegen, in:

Im Februar 1917 hielt der Bundesrat mit Blick auf die Beschäftigtenzahlen in der Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie schließlich fest: „Waren schon bisher mindestens 30.000 schweizerische Arbeiter in der Munitionsfabrikation tätig, so ist diese Zahl jedenfalls gegenwärtig noch wesentlich gestiegen.“⁵⁷ Ausgehend von diesen Zahlen kann geschätzt werden, dass 1917 rund ein Drittel der gesamten schweizerischen Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie für die Herstellung von Munitionsbestandteilen arbeitete; und die Bemühungen für die Beschaffung von Munitionsaufträgen reichten dabei bis in höchste Kreise hinein. Noch Mitte August 1918 sprach der ehemalige Bundesrat Arthur Hoffmann dem Geheimagenten und späteren deutschen Gesandten in Bern, Adolf Müller, seinen „herzlichsten Dank“ für dessen Bemühungen „in Sachen der Erteilung von Munitionsaufträgen an Schweizer Firmen“⁵⁸ aus. Wie lukrativ der Export von Kriegsmaterial war, wird auch an den Erträgen der seit dem Herbst 1916 erhobenen Kriegsgewinnsteuer deutlich, die dem Bund insgesamt rund 760 Mio. Franken einbrachte. Der höchste Betrag (mit rund 161 Mio. Franken) stammte aus der Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie, gefolgt von der für die Munitionsproduktion ebenfalls wichtigen Baumwollindustrie (mit 136 Mio. Franken), der chemischen Industrie (mit 90 Mio. Franken) und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (mit 83 Mio. Franken).⁵⁹

Erst 1918, ausgehend von der schwierigeren Rohstoffversorgung, schärferen Verwendungskontrollen, der wachsenden Teuerung und den im Verlauf des Krieges stark ausgebauten Produktionskapazitäten in den Krieg führenden Ländern, gingen die Lieferungen zurück und hörten mit dem Kriegsende „vollständig auf“.⁶⁰ 1918 war dieser Rückgang so stark, dass der amerikanische Konsul in Genf, Lewis W. Haskell, befürchtete, die steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Unruhe unter den ehemaligen Munitionsarbeitern könnten zu „fertile

V. Groebner/S. Guex/J. Tanner (Hg.), *Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege*, Zürich 2008, S. 213-229, hier S. 215.

⁵⁷ BAR, E1004.1*, Protokoll über die Verhandlungen des schweizerischen Bundesrates, 20. Sitzung, 20. Februar 1917, Nr. 410. Eingabe der Deutsch-schweizerischen Gesellschaften betreffend die Ausfuhr von Munition.

⁵⁸ Archiv für Zeitgeschichte, Nachlass Adolf Müller, 49, Brief von Arthur Hoffmann an Adolf Müller vom 14.8.1918. Zur langjährigen, über den Krieg hinaus anhaltenden Freundschaft zwischen Hoffmann und Müller vgl. K.H. Pohl, *Adolf Müller. Geheimagent und Gesandter in Kaiserreich und Weimarer Republik*, Köln 1995, S. 210-212.

⁵⁹ Vgl. dazu die Statistik „Verteilung der Kriegsgewinnsteuerbeträge nach Erwerbsgruppen“ in BAR, E6300B#1000/1034#166*.

⁶⁰ Schweizerisches Wirtschaftsarchiv (SWA), Berufsverbände D60, Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen: Bericht des Zentralvorstandes an die Mitglieder über das Jahr 1919, Zürich 1920, S. 37.

fields for Bolshevik propaganda”⁶¹ werden. Laut Schubert waren die Munitionsbestellungen aus Frankreich und England trotz des Kriegseintritts der USA zwar noch Anfang Juli 1917 um zwei weitere Jahre verlängert worden.⁶² Nach wie vor sollten Lieferungen nach Deutschland und Österreich-Ungarn möglichst verhindert werden. Bereits Anfang 1918 war in der Maschinenindustrie jedoch ein „Rückgang der Beschäftigung“ zu verzeichnen, und in der „Munitionsindustrie“ wurden nun erste „Arbeiterentlassungen“⁶³ vorgenommen. In der Uhrenindustrie hatten die Aufträge für Munitionslieferungen schon zu Beginn des Jahres „fast vollständig aufgehört“.⁶⁴ Frankreich hatte „einer Reihe jurassischer Fabriken“ die Munitionsbestellungen auf den 1. März 1918 gekündigt⁶⁵ und im Mai 1918 berichtete die Neue Zürcher Zeitung, die Ende Juni 1918 auslaufenden „Munitionslieferungsverträge“ mit Deutschland würden nicht mehr erneuert, was in der Schweiz „einige Tausend Arbeiter“ die Stelle kostete.⁶⁶ Die Ausfuhr von „abgedrehten Kupferwaren“ ging von 12.998 Tonnen (1917) auf 4.272 Tonnen (1918) zurück; und dieser Rückgang der Munitionslieferungen wird auch durch den Rückgang der Kupferimporte bestätigt, die sich 1918 mehr als halbierten – trotz dieser Entwicklung aber auch jetzt noch höher waren als in den ersten beiden Kriegsjahren.⁶⁷

Betrachtet man die Verteilung der Exporte nach einzelnen Ländern, gingen gemäß einer „Schätzung des Armee-Kriegs-Kommissärs“ schon im Sommer 1915 „ungefähr 4/5 der jetzt in der Schweiz fabrizierten Munition nach Frankreich“;⁶⁸ und spätestens seit dem zweiten Kriegsjahr waren Lieferungen einzelner Unternehmen an beide Krieg führenden Parteien (zumindest offiziell) nicht mehr möglich. Die strengere Kontrolle der Ein- und Ausfuhren durch französische und

⁶¹ NACP, RG 84, Volume 157, Schreiben von Lewis W. Haskell an den Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft in Bern, Hugh R. Wilson, 17.12.1918.

⁶² P. Schubert, Die Tätigkeit des k. u. k. Militärattachés in Bern während des Ersten Weltkrieges, Osnabrück 1980, S. 278.

⁶³ SWA, Berufsverbände D60, Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen: Bericht des Zentralvorstandes an die Mitglieder über das Jahr 1919, Zürich 1920, S. 37.

⁶⁴ Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahr 1918. Erstattet vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Zürich 1919, S. 246.

⁶⁵ Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung, Nr. 8, 23. Februar 1918, S. 53.

⁶⁶ NZZ, Nr. 638, 15.5.1918. Vgl. dazu auch Driscoll, Anglo-Swiss Relations, S. 253 sowie den Brief von Arthur Hoffmann an Adolf Müller, Archiv für Zeitgeschichte, Nachlass Adolf Müller, 49, 14.8.1918.

⁶⁷ Vgl. dazu Geering, Handel und Industrie, S. 143 sowie Ehrbar, Schweizerische Militärpolitik, S. 302 f.

⁶⁸ BAR, E2001, A 100/45, Nr. 758, Bern, 13. Juli 1915, Chef des Generalstabes der Armee, Sprecher, an das Politische Departement.

britische Delegierte, die englische Blockadepolitik und der Erlass des *Trading with the Enemy Act* im Dezember 1915 zeigten nun Wirkung.⁶⁹ In der Westschweizer Uhrenindustrie waren die einseitigen Lieferungen aber auch Ausdruck offener Sympathien für die Entente. In Genf konnte der amerikanische Konsul Lewis W. Haskell im November 1917 nur ein einziges Unternehmen nennen, das Munition für die Mittelmächte produzierte. In einem Schreiben über die Munitionsfabrikation im Kanton Genf hielt er gegenüber dem amerikanischen Außenminister zudem fest: „I am reliably informed that contracts for the Central Powers have been refused by certain manufacturers. A section foreman [...] in one of the factories told me that six hundred out of the eight hundred employed at his factory would walk out if that factory manufactured for the Central Powers.”⁷⁰

Gingen von den eisernen Schmiedewaren (mit Ausnahme des Jahres 1916) rund ein Viertel der Ausfuhren an die Mittelmächte, sank der Anteil der Kupferwaren von 24 Prozent 1914 auf 13 Prozent 1915 und nur noch rund 2 Prozent 1916. Basierend auf restriktiveren Vorschriften und schärferen Verwendungskontrollen deutscher Roh- und Brennstoffe seit dem Herbst 1916 erholte sich der Export von Kupferwaren an die Mittelmächte danach zwar leicht; 1917 und 1918 gelangten aber immer noch über 90 Prozent dieser Ausfuhren an die Entente. In absoluten Zahlen stieg der Export von „abgedrehten Kupferwaren“ nach Deutschland und Österreich-Ungarn zwar auch stark an und erhöhte sich von 10,6 Tonnen 1914 bis auf 752,5 Tonnen 1917. Die Exportzahlen für die Entente erhöhten sich im gleichen Zeitraum allerdings spektakulär von 20,3 Tonnen 1914 bis auf 12.242,2 Tonnen 1917.⁷¹ Diese ausgesprochen einseitige Verteilung der Ausfuhren an die Entente wird auch durch eine Statistik der Munitionsexporte vom August 1916 bis Juni 1917 sowie die Herkunft der Kupferimporte bestätigt. Vom August 1916 bis Februar 1917 gingen weniger als 5 Prozent der Ausfuhren an die Mittelmächte; danach stiegen die Zahlen (durch die Entwick-

⁶⁹ Zur Blockade-Politik der Entente vgl. *E.W. Osborne*, Britain's Economic Blockade of Germany, 1914-1919, London 2004; *J. McDermott*, Trading with the Enemy: British Business and the Law during the First World War, in: Canadian Journal of History 32, 1997, S. 201-219; *C.P. Vincent*, The Politics of Hunger. The Allied Blockade of Germany, 1915-1919, London 1985; *R. Lank*, Der Wirtschaftskrieg und die Neutralen: 1914-1918, Berlin 1940; *Th.A. Bailey*, The United States and the Black List during the Great War, in: The Journal of Modern History 6, 1934, S. 14-35 sowie *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 154-157, S. 248-256 und S. 306-313.

⁷⁰ NACP, RG 59, General Records of the State Department, 1910-1929, Internal Affairs Switzerland, microfilm 1457, roll 8, Schreiben von Lewis W. Haskell, an den Secretary of State [Robert Lansing] in Washington, 24.11.1917.

⁷¹ Vgl. dazu *Geering*, Handel und Industrie, S. 576 f. sowie *Ehrbar*, Schweizerische Militärpolitik, S. 148 f., S. 160 und S. 302-304.

lung von Zündern aus Zink) zwar deutlich an, machten aber auch in den folgenden Monaten nie mehr als 15 Prozent des Gesamtexportes aus. Stammten 1914 noch rund 50 Prozent der Kupferimporte aus Deutschland, ging ihr Anteil schon 1915 auf rund 7 Prozent zurück und blieb danach immer unter 10 Prozent. Bereits 1915 kamen mehr als die Hälfte der Kupferimporte aus den USA, 1916 waren es rund zwei Drittel, und im Rekordjahr 1917 stammten 80 Prozent der Importe aus England, Frankreich und den USA.⁷² Bereits im Oktober 1915 hatte das Politische Departement in einem streng vertraulichen Schreiben zur „persönlichen Orientierung“ des schweizerischen Gesandten in Wien festgehalten, „die Lieferungen von Kriegsmaterial“ hätten sich „in letzter Zeit [...] wesentlich zu Gunsten der Entente verschoben“. Das Departement führte diese Entwicklung aber nicht auf unterschiedliche Sympathien für die Krieg führenden Länder beziehungsweise eine Ungleichbehandlung der Kriegsgegner zurück, sondern auf die Blockadepolitik der Entente und „den Mangel an gewissen Rohstoffen (Kupfer, Nickel) bei den Zentralmächten“.⁷³ Deutschschweizer Unternehmen wie Tague, Bucher & Cie. in Schaffhausen oder Vogt & Schaad in Uzwil, die zu Beginn des Krieges noch Munitionsbestandteile an die Mittelmächte geliefert hatten, begannen nun als Subunternehmer für Westschweizer Munitionsfabriken beziehungsweise die Entente zu arbeiten, weil sie „keine deutschen Bestellungen mehr hereinbekommen“ konnten.⁷⁴ Eine Verletzung der Neutralität

72 Zur Verteilung des Exportes von Munition vom August 1916 bis Juni 1917 und der Herstellung von Granaten und Zündern aus Zink, einem „Kriegsmetall“, für das Deutschland die Rohstoffe liefern konnte, vgl. *Driscoll*, *Anglo-Swiss Relations*, S. 251 sowie *Wegs*, *Die österreichische Kriegswirtschaft*, S. 79. Zur steigenden Weltkupferproduktion und der Bedeutung Amerikas als Kupferlieferant vgl. *G.A. Frey*, *Die Rohstoffversorgung der Schweiz während des Krieges besonders in der Textil- und Metallindustrie*, Aarau 1921, S. 66 f. Zu den Kupferimporten und den zunehmenden Verwendungskontrollen von Kupfer vgl. *Luciri*, *Le prix de la neutralité*, S. 51-78.

73 BAR, E2200.53-02#1000/1755#12*, Munitionslieferung von Schweizer Firmen für die Kriegsführenden, Schreiben des Politischen Departementes an die Schweizerische Gesandtschaft in Wien, 12. Oktober 1915. Zum zunehmenden Kupfermangel, der verstärkten Requirierung von Schrott, Glocken und Küchengeräten sowie der Verwendung von Ersatzstoffen in Österreich-Ungarn vgl. *Wegs*, *Die österreichische Kriegswirtschaft*, S. 71-73.

74 Vor dem Krieg hatte Tague, Bucher & Cie. in Schaffhausen Tür- und Fensterbeschläge für die Baubranche produziert und nach Kriegsbeginn zunächst „ansehnliche Lieferungen von Kriegsmaterial für Deutschland und Österreich ausgeführt“. Mitte 1916 stellte die Firma „von ihrer Bank gedrängt“ fast ausschließlich „Zünderbestandteile aus Weichstahl und Messing für Artilleriegeschosse“ her, die jetzt aber an Reymond & Jeanneret in La Chaux-de-Fonds – und von dort nach Frankreich – geliefert wurden. Vgl. dazu BAR, J1.216#1000/1316#7*, Kontrolluntersuchung bei der Firma Tague, Bucher & Co., Schaffhausen. Schreiben von Oberleutnant H. Schaeffle, Schaffhausen, an das Politische Departement und die Treuhandstelle Zürich, 8. Juni 1916. Vogt & Schaad in Uzwil hatte nach Kriegsausbruch mit dem Bau von Drehbänken begon-

durch einseitige Munitionslieferungen war aus Schweizer Sicht deshalb nicht gegeben; und für den angesichts der Verhältnisse inzwischen in Erklärungsnot geratenen Gesandten fügte man – fast schon entschuldigend – noch hinzu: „Kriegsmaterialbestellungen auch von Seiten der Zentralmächte, namentlich von Oesterreich-Ungarn, wären unserer Industrie gewiss erwünscht.“⁷⁵ Obwohl Österreich-Ungarn zu Beginn des Krieges einen großen Nachholbedarf beim Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie hatte und auch 1915 noch Munition in der Westschweiz beschaffte und „unter der Hand“ in die Doppelmonarchie ausführte, blieben diese Lieferungen im Vergleich zu Deutschland, Frankreich oder England aber unbedeutend.⁷⁶

Belanglos blieben auch die Kriegsmateriallieferungen an die USA, den von der ökonomischen Schlagkraft her gesehen wichtigsten Kriegsteilnehmer. Nach dem Kriegseintritt der USA im April 1917 waren in der Schweiz rasch Gerüchte entstanden, dass auch die USA an Munitionslieferungen aus der Schweiz interessiert seien. Im September 1917 meldete das Berner Tagblatt, es sei „nicht ausgeschlossen, dass die Amerikaner in der Schweiz Bestellungen für Munitionsbestandteile machen“ würden, weil ihr Artilleriematerial „demjenigen der Franzosen ähnlich“⁷⁷ sei. Gemäß dem amerikanischen Konsul in Bern, William P. Kent, hatte das amerikanische Konsulat seit dem Sommer 1917 verschiedene Anfragen von Schweizer Munitionsfabrikanten erhalten, die mit den Vereinigten Staaten Lieferverträge abschließen wollten. Kent befürchtete – wie andere Beobachter auch – die Schweizer Produzenten „would naturally turn to the German market“, falls die Bestellungen der Entente zurückgehen oder ausbleiben wür-

nen und die Herstellung „eines Zünderbestandteiles für schwere Granaten im Auftrag der deutschen Militärbehörde“ übernommen. 1916 hörten die Bestellungen der deutschen Heeresverwaltung auf, und das Unternehmen konzentrierte sich nun auf die Herstellung von „Drehbänken und Gewindefräsmaschinen“, die „zum weitaus grössten Teil“ nach Frankreich und Italien gingen. BAR, J1.216#1000/1316#7*, Schreiben von H. Schaeffle an das Politische Departement und die Treuhandstelle Zürich, 5.10.1915 und 17.7.1916.

75 BAR, E2200.53-02#1000/1755#12*, Schreiben des Politischen Departementes an die Schweizerische Gesandtschaft in Wien, 12.10.1915.

76 Schubert, Die Tätigkeit, S. 322 f. Insgesamt ist zu den Kriegsmaterial-Lieferungen der Schweiz an Österreich-Ungarn bis heute nur wenig bekannt. Wie zwischen England und Frankreich gab es aber auch zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn Absprachen über die Beschaffung von Kriegsmaterial aus der Schweiz. Vgl. dazu die Vereinbarung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn über den „gemeinschaftlichen Bezug von Heeresbedarf aller Art aus der Schweiz“ vom 5. August 1915 in *Luciri*, Le prix de la neutralité, S. 312 f. Zum Ausbau der österreichischen Rüstungsindustrie im Ersten Weltkrieg vgl. Wegs, Kriegswirtschaft, S. 117-127.

77 Berner Tagblatt, Nr. 423, 11.9.1917, S. 3.

den.⁷⁸ Wenige Tage später hielt er gegenüber dem *Department of State* mit Blick auf die seines Erachtens bedeutenden Schweizer Munitionslieferungen nach Deutschland fest: „I submit the suggestion, [...] that our country might be able to terminate or curtail this supply to Germany by itself entering this market as a purchaser and by outbidding, if necessary, the German competitor.”⁷⁹ Für die Schweizer Munitionsfabrikanten wäre dadurch ein weiterer, preislich sehr attraktiver Markt entstanden; ausgehend vom deutschen Rohstoffmangel kam der amerikanische *Secretary of War*, Newton D. Baker, Ende Oktober 1917 jedoch zur Einschätzung, dass die Schweizer Fabrikanten (selbst bei einem Rückgang der Bestellungen aus Frankreich und Italien) nur von geringem Nutzen für Deutschland wären.⁸⁰ Mitte November hielt er nach Absprache mit dem *Ordnance Department* und dem *War Industries Board* fest, „that no contract should be placed directly by the United States with Swiss manufacturers”.⁸¹ Die USA verfügten zu diesem Zeitpunkt nicht nur über eine große eigene Rüstungsindustrie, sondern Baker war auch der Aufbau konstanter Kontrollmaßnahmen an einem weit entfernt liegenden Produktionsstandort wie der Schweiz zu aufwändig. Verträge mit Schweizer Munitionslieferanten sollten deshalb nur indirekt über die bereits bestehenden Bureaus der französischen und britischen *Ministeries of Munitions*⁸² abgeschlossen werden.

3 Maßnahmen gegen (einseitige) Munitionslieferungen an den Kriegsgegner

Schon Ende Mai 1915 hatte der freisinnige Bundesrat Felix Calonder zur wirtschaftlichen Situation des Landes festgehalten: „Trotz ihrer Neutralität erleidet

⁷⁸ NACP, RG 59, microfilm 1457, roll 8, Schreiben von William P. Kent an den Secretary of State [Robert Lansing] in Washington, 11.9.1917. Vgl. dazu auch die Anfragen verschiedener Westschweizer Unternehmen an den amerikanischen Konsul in Genf sowie die amerikanische Gesandtschaft und den Militärattaché in Bern seit Ende Juli 1917 in NACP, RG 84, Records of the Foreign Service Posts, Diplomatic Posts Switzerland, Volume 144.

⁷⁹ NACP, RG 59, General Records of the State Department, 1910-1929, Internal Affairs Switzerland, microfilm 1457, roll 8, Schreiben von William P. Kent in Bern, an den Secretary of State [Robert Lansing] in Washington, 20.9.1917.

⁸⁰ *Ebda.*, Schreiben des War Department, Secretary of War [Newton D. Baker], an den Secretary of State [Robert Lansing], 23.10.1917.

⁸¹ *Ebda.*, Schreiben des War Department, Secretary of War [Newton D. Baker], an den Secretary of State [Robert Lansing], 17.11.1917.

⁸² Driscoll, *Anglo-Swiss Relations*, S. 253.

die Schweiz durch den europäischen Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete die mannigfachsten und schwersten Schädigungen. [...] Wir liegen wirtschaftlich zwischen Hammer und Ambos. Dem Riesenkampf mit den Waffen hat sich ein rücksichtsloser Handelskrieg zugesellt, der sich auf alle Meere erstreckt und die ganze Weltwirtschaft in Mitleidenschaft zieht.”⁸³ Calonder verwies damit nicht nur auf den schon 1915 zunehmenden Druck auf die Schweizer Wirtschaft, sondern die von ihm verwendete Metaphorik sollte auch deutlich machen, dass die Schweizer Wirtschaft immer mehr nach den Interessen der Krieg führenden Mächte geformt wurde. Besonders rücksichtslos wurde dieser Wirtschaftskrieg bei der Beschaffung kriegswichtiger Güter geführt. Je verlustreicher die Materialschlachten in den „Opferökonomien“⁸⁴ der Krieg führenden Länder wurden, desto umfangreicher wurden die Forderungen gegenüber den Neutralen. Die Kritik richtete sich aber nicht gegen die von allen Kriegsparteien erwünschten Munitionslieferungen als solche, sondern lediglich gegen einseitige Lieferungen an den Kriegsgegner.⁸⁵ Als „Hyänen des Wirtschaftskrieges“⁸⁶ waren die Neutralen nicht überall gern gesehen, und im Rahmen von Wirtschaftsverhandlungen wurde von beiden Kriegsparteien schon bald mit immer härteren Bandagen und zunehmend schärferen Kontrollen versucht, die Munitionslieferungen an den Kriegsgegner zu unterbinden.

Eines der größten Schweizer Uhrenunternehmen im Ersten Weltkrieg, die Zénith SA in Le Locle, sah sich schon im Herbst 1915 mit Boykottandrohungen aus Deutschland und Österreich-Ungarn konfrontiert. Anfang Oktober berichtete die ungarische Tageszeitung *Pester Lloyd*, der Landesverband der ungarischen Uhrmacher und die Gewerbege nossenschaft der Budapester Uhrmacher hätten am 23. September in einer gemeinsamen Sitzung „ihrer Entrüstung“ über das Vorgehen von Zénith Ausdruck verliehen und „einstimmig beschlossen“, sämtliche Uhrmacher und Uhrenhändler des Landes aufzufordern, „keine Zenith-Uhren mehr zu verkaufen und das Publikum zu ersuchen, diese Uhren zu boykottie-

83 Rede von Bundesrat Dr. Felix Calonder an der gemeinsamen Tagung der freisinnigen und konservativen Partei des Kantons Graubünden in Chur am 30. Mai 1915, in: *Kriegszeit-Reden Schweizerischer Bundesräte*, Zürich 1915, S. 39-49, hier S. 43.

84 W. Meteling, *Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg*. Englisch- und französischsprachige Studien über Deutschland, Frankreich und Großbritannien, in: *Geschichte und Gesellschaft* 37, 2011, S. 614-648, hier S. 637.

85 Zur wachsenden Kritik an den Munitionslieferungen innerhalb der Schweiz (seit 1917) vgl. ausführlicher R. Rossfeld, „Schweigen ist Gold“: Kriegsmaterialexporte der schweizerischen Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie im Ersten Weltkrieg, in: R. Jaun/M. Olsansky/S. Piccaud-Monnerat/A. Wettstein (Hg.), *An der Front und hinter der Front. Der Erste Weltkrieg und seine Gefechtsfelder*, Baden 2015, S. 292-313, hier S. 303-309.

86 H. Koch, *Darstellung und Kritik der schweizerischen Kriegsgewinnsteuer*, Zürich 1922, S. 135.

ren”.⁸⁷ Mitte Oktober 1915 wurden auch von den Uhrmacherverbänden in Österreich und dem Deutschen Reich „weitere Schritte eingeleitet”,⁸⁸ um gegen Zénith Stellung zu nehmen. Die schweizerische Gesandtschaft in Wien hielt es allerdings für „kaum angebracht”, eine Schweizer Firma, „welche zufällig für den Vierverband arbeitet, deswegen boycottieren zu wollen” und wies darauf hin, dass die Firmen „Delta AG, Moderna AG und Möller & Cie, alle in Solothurn”, Artillerie-Munitionsbestandteile für die Mittelmächte in Arbeit hätten und „die ersten beiden ausschließlich für Oesterreich-Ungarn” arbeiten würden.⁸⁹ Wurden von deutscher Seite die einseitigen Lieferungen einzelner Unternehmen an den Kriegsgegner kritisiert, verwies die schweizerische Gesandtschaft – ausgehend von einer Gesamtrechnung – auf die Ausgewogenheit der Lieferungen an beide Krieg führenden Parteien.

Als der Boykott im Herbst 1915 auf weitere Unternehmen der (Westschweizer) Uhrenindustrie ausgedehnt wurde, schloss sich Fritz Huguenin, Gründer der *Fédération horlogère suisse* und Präsident der Schweizerischen Uhrenkammer von 1908-1917, dieser Argumentation an. Mit Blick auf die Munitionsfabrikanten der Uhrenindustrie hielt er Anfang November 1915 fest: „La seule chose qu'ils puissent dire à leur décharge, c'est que l'industrie suisse fournit indistinctement aux Alliés et aux Empires du Centre, ce qui est, pour la Suisse, une façon d'être neutre!”⁹⁰ Von einer gleichmäßigen Verteilung der Lieferungen an beide Krieg führenden Parteien konnte zu diesem Zeitpunkt (ob mit Blick auf einzelne Unternehmen oder die schweizerische Industrie insgesamt) aber keine Rede mehr sein. Im Februar 1916 berichtete die Schweizerische Uhrmacher-Zeitung dann über Gerüchte zu „Attentatsversuchen” auf „verdächtige Uhrenfabriken des Neuenburger Jura” – die der „Stimmungsmache”⁹¹ entsprangen – und Anfang April 1916 wurde von acht Fachverbänden des deutschen Uhrenhandels schließlich

87 BAR, E2200.53-02#1000/1755#12*, Munitionslieferung von Schweizer Firmen für die Kriegsführenden, 1915-1917, Pester Lloyd, 2. Oktober 1915.

88 BAR, E2200.53-02#1000/1755#12*, Munitionslieferung von Schweizer Firmen für die Kriegsführenden, 1915-1917, Pester Lloyd, 10. Oktober 1915. Vgl. dazu auch den Beitrag „La fabrication des munitions de guerre”, in: La Fédération Horlogère Suisse. Organe de la Chambre Suisse de l'Horlogerie, no 82, 16.10.1915.

89 BAR, E2200.53-02#1000/1755#12*, Munitionslieferung von Schweizer Firmen für die Kriegsführenden, 1915-1917, Notiz der schweizerischen Gesandtschaft in Wien, 16. Oktober 1915.

90 Schreiben vom 2.11.1915, zit. nach Trente-troisième rapport du Comité Central de la Chambre suisse de l'horlogerie et des industries annexes: Bijouterie, joaillerie, orfèvrerie et boîtes à musique, année 1915, La Chaux-de-Fonds 1916, S. 7.

91 Schweizerische Uhrmacher-Zeitung. Fachblatt für Uhrmacher und offizielles Publikationsorgan des Zentralverbandes schweizerischer Uhrmacher, Nr. 4, 15.2.1916, S. 24.

eine „Sperre“⁹² über fünfzehn Schweizer Uhrenfabriken verhängt. Basierend auf einer Ausweiskarte für jeden Uhrenverkäufer, der seine „Geschäftsbeziehungen zu den munitionsliefernden Fabriken nachweislich eingestellt“ hatte, sollte jetzt kein Deutscher mehr eine Uhr kaufen, die auf der gleichen Drehbank entstanden war, auf der „die Kugeln und Granaten“ hergestellt wurden, denen „Deutschlands Söhne zum Opfer“ fielen.⁹³

Weitere Maßnahmen gegen einseitige Munitionslieferungen an den Kriegsgegner kamen schon früh dazu. Bereits seit dem Frühling 1915 hatten sich rund 20 Unternehmen der schweizerischen Maschinenindustrie beim Bezug von Eisen und Stahl aus Deutschland in sog. Garantieverträgen mit der deutschen Gesandtschaft in Bern verpflichten müssen, „dass aus den deutschen Rohstoffen nicht Kriegsmaterial für die Alliierten hergestellt“⁹⁴ wurde. Zugleich wurden die Vorschriften und Kontrollen für die Verwendung von Rohstoffen, den Veredelungsverkehr und die Abwicklung von Kompensationsgeschäften im Verlauf des Krieges immer restriktiver. Bis zum November 1915 hatte Deutschland schon 53 Unternehmen, die Munition, Waffen oder Sprengstoffe für die Entente produzierten, von der Belieferung mit Kohle ausgeschlossen.⁹⁵ Ende Dezember 1915 entstand die *Zentralstelle für die Kohlenversorgung der Schweiz*, und die Verwendung deutscher Kohle wurde nun so eingeschränkt, dass sich „die Kriegsmateriallieferanten der Entente bei ihren Auftraggebern mit Kohle eindecken mussten“.⁹⁶ Im Februar 1916 umfasste die deutsche „Sperrliste“ bereits 122 Firmen, von denen allein 39 aus La Chaux-de-Fonds und 20 aus Genf stammten. Rund zwei Drittel dieser Unternehmen lagen erwartungsgemäß in der Westschweiz; und bis zum Juni 1916 wurde die Anzahl gesperrter Firmen noch einmal deutlich auf 255 erhöht. Für die Schweizerischen Metallwerke in Dornach war der Bezug deutscher Kohle nun ebenso gesperrt wie für Piccard-Pictet & Cie. in Genf, Jules Bloch in La Chaux-de-Fonds oder die Zénith SA in Le Locle.⁹⁷

⁹² *Ebda.*, Nr. 9, 1.5.1916, S. 54.

⁹³ *Ebda.*, Nr. 16, 15.8.1916, S. 100.

⁹⁴ *Ehrbar*, Schweizerische Militärpolitik, S. 165. Vgl. dazu auch *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 198 f.

⁹⁵ Vgl. dazu *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 194 und S. 208.

⁹⁶ *Ehrbar*, Schweizerische Militärpolitik, S. 142. Zur Zentralstelle für Kohlenversorgung und den deutschen Sperrlisten vgl. auch *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 248-252 sowie *Gagnebin-Diacon*, La fabrique et le village, S. 46 f.

⁹⁷ BAR, J1.216#1000/1316#7*, Sperrliste vom 29.2.1916. Beilage zu einem Schreiben der Treuhandstelle Zürich an H. Schaeffle, Schaffhausen, 8.5.1916.

Im Herbst 1916 befand sich Deutschland nach den Materialschlachten in Verdun und an der Somme erneut „mitten in einer Munitionskrise“.⁹⁸ Das Land hatte aber schon seit Beginn des Krieges erhebliche Probleme bei der Beschaffung von Rohstoffen für die Herstellung von Munition. Die über 40 gegeneinander konkurrierenden Beschaffungsstellen waren „extrem schlecht koordiniert“, und das gesamte Beschaffungswesen war zunächst „von Chaos und Korruption durchdrungen“.⁹⁹ Mit dem *Hindenburg-Programm* sollte die Rüstungsproduktion im Herbst 1916 noch einmal deutlich gesteigert werden; Deutschland mobilisierte nun sämtliche wirtschaftlichen Ressourcen für den Krieg und intensivierte die Wirtschaftspropaganda. Das Beschaffungswesen und die Herstellung von Waffen und Munition wurden jetzt (zumindest teilweise) über das neu geschaffene *Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt* (WUMBA) koordiniert, und die Handelspolitik gegenüber der Schweiz wurde weiter verschärft.¹⁰⁰ Mit dem neuen Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland vom zweiten September 1916 wurde der Begriff „Kriegsmaterial“ auf „Drehbänke, Fräsen Hobel, Schleif- und Bohrmaschinen, Scheren, Pressen und Stanzen“¹⁰¹ erweitert, für deren Herstellung jetzt keine Rohstoffe (oder Maschinen) aus den Mittelmächten mehr verwendet werden durften. Die Eisen- und Kohleneinfuhr wurden kontingentiert, und der Export von Kriegsmaterial an den Gegner wurde verboten, wenn die Produkte mit deutschen Rohstoffen (oder Maschinen) erzeugt worden waren. Zur Umsetzung dieser Bestimmungen wurde im Oktober 1916 die *Schweizerische Zentralstelle für den Bezug von Stahl und Eisen aus Deutschland* gegründet, die für die Verteilung des Eisens auf Basis der Vorkriegsbezüge und die Kontrolle seiner Verwendung in den Unternehmen zu-

98 G.D. Feldman, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland, 1914-1918*, Berlin 1985, S. 135.

99 Feldman, *Armee, Industrie und Arbeiterschaft*, S. 62 f.; R. Wiehler, *Deutsche Wirtschaftspropaganda im Weltkrieg*, (Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv, Heft 2), Berlin 1922, S. 15 und S. 30 f. Zum Hindenburg-Programm vgl. Feldman, *Armee*, S. 134-148 sowie H.M. Geyer, *Hindenburg-Programm*, in: G. Hirschfeld et al. (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*. Aktualisierte und erweiterte Studienausgabe, Paderborn 2009, S. 557-558. Zu den Auswirkungen des Hindenburg-Programms auf die (ebenfalls ungenügende) Organisation der österreichischen Rüstungsindustrie vgl. Wegs, *Die österreichische Kriegswirtschaft*, S. 118-127.

100 Vgl. dazu Verständigung mit Deutschland betreffend Warenaustausch, Bern, 7.9.1916, in: *Diplomatische Dokumente der Schweiz* 6/212, S. 400-407; NZZ, Nr. 1565, 3.10.1916; M. Cornaz, *Zum Problem der Wirtschaftsneutralität. Die Handelsverträge der Schweiz im Ersten Weltkrieg*, Zürich 1952, S. 23-31; Kurz, *Dokumente der Grenzbesetzung*, S. 118-120 und *Ochsenbein*, *Die verlorene Wirtschaftsfreiheit*, S. 266-278.

101 *Ochsenbein*, *Die verlorene Wirtschaftsfreiheit*, S. 272.

ständig war.¹⁰² Für die Kontrolle der Ausfuhren (und insbesondere des Exports von Kriegsmaterial) entstand zugleich eine „Ausfuhrkommission“, die entsprechende Gesuche von Schweizer Firmen zu begutachten hatte.¹⁰³ Die „generellen Ausfuhrbewilligungen“, die bisher für Munition erteilt worden waren, wurden nun aufgehoben und durch „Einzelgesuche“ ersetzt, die bei den zuständigen Stellen des Politischen Departementes (beziehungsweise der Treuhandstelle Zürich) eingereicht werden mussten.¹⁰⁴

Im November 1916 wurde auf Initiative von Walther Rathenau, Aufsichtsratsvorsitzender der AEG und vormaliger Chef der Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums, schließlich die Metallum AG mit Sitz in Bern gegründet.¹⁰⁵ Nach den Statuten war das im Hotel Metropole in Bern untergebrachte Unternehmen zum „Zweck der Fabrikation und des Handels auf dem Gebiete der metallurgischen Technik“¹⁰⁶ gegründet worden. Nach Einschätzung des Bundes war die Metallum AG jedoch „die Vertreterin der deutschen Regierung für die Lieferung von Rohmaterialien für Kriegsmaterial und den Bezug von solchem“.¹⁰⁷ Aktionäre waren die AEG und die im Bergbau und Rohstoff-

102 Vgl. dazu *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 271-273. Für die Kontrollen in den Unternehmen waren Experten der Treuhandstelle Zürich zuständig, die ähnliche Kontrollen schon vorher ausgeübt hatten. Im Herbst 1917 wurde die Zentralstelle für den Bezug von Stahl und Eisen aus Deutschland aufgelöst und unter dem Namen Schweizerische Eisenzentrale als Sektion der Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft neu gegründet.

103 *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 272 sowie S. 254 f. und S. 269-272. Die Entente hatte bereits im Mai 1916 eine zweimal wöchentlich tagende „Ausfuhrkommission“ errichtet, die alle Ausfuhrbewilligungen für Produkte aus S.S.S.-Waren nach den Mittelmächten zu begutachten hatte. Seit dem Herbst 1916 wurden die beiden Kommissionen als „Ausfuhrkommission I“ (für Exporte an die Mittelmächte oder durch diese an neutrale Länder) und „Ausfuhrkommission II“ (für Exporte an die Ententestaaten) bezeichnet.

104 BAR, E7350#1000/1104#244*, Ausfuhr-Kommission für Kriegsmaterial nach dem Gebiete der Entente, Protokoll der ersten Sitzung vom 12. Oktober 1916.

105 Zur Metallum AG vgl. *C. Vuilleumier*, Les munitionnaires suisses de la Grande Guerre, in: *Revue Administrative* 393, 2013, S. 236-239. Zur Organisation der deutschen Kriegswirtschaft vgl. *S. van de Kerkhof*, Public-Private Partnership im Ersten Weltkrieg? Kriegsgesellschaften in der schwerindustriellen Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches, in: *H. Berghoff/J. Kocka/D. Ziegler (Hg.)*, Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs. Im Gedenken an Gerald D. Feldman, München 2010, S. 106-132; *R. Roth*, Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente, Berlin 1997 sowie *M. Rohlack*, Kriegsgesellschaften (1914-1918). Arten, Rechtsformen und Funktionen in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a.M. 2001.

106 BAR, E6300B#1000/1034#142*, Statuten der Metallum Aktiengesellschaft in Bern vom November 1916.

107 BAR, E6300B#1000/1034#142*, Schreiben des Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartementes an das Schweizerische Finanzdepartement, 15.10.1917.

handel tätige deutsche Metallgesellschaft; als „gemeinnützige Kriegsgesellschaft“, die „gegen alle Risiken“ vom Kriegsamt des Preußischen Kriegsministeriums geschützt wurde, konnten die Kriegsgewinne des Unternehmens in der Schweiz allerdings nicht besteuert werden, was insbesondere in der Westschweiz großen Unmut auslöste.¹⁰⁸ Seit Dezember 1916 gingen „kontinuierliche Sendungen von roh vorgearbeiteten Zündkörpern aus Zinklegierung, Zündladungskapseln aus Stahl und Verschlusskappen aus Stahl“ an die Metallum AG in Bern, die in Schweizer Werkstätten wie Schindler & Co. (in Luzern), Gebrüder Wyss (in Solothurn) oder Kummeler & Matter (in Aarau) „durch Abdrehen und Ausbohren“¹⁰⁹ fertig bearbeitet wurden. Die Oberzolldirektion und die Schweizerischen Bundesbahnen sprachen bereits im Dezember 1916 von „vielen Millionen von Stücken“ und „ganzen Wagenladungen“.¹¹⁰ Über die Metallum AG wurden in den folgenden Jahren aber nicht nur „Zünderteile, Autos und Flugzeuge“¹¹¹ aus der Schweiz bezogen, sondern das Unternehmen diente auch zur Intensivierung der deutschen Gegenpropaganda. Glaubt man der in La Chaux-de-Fonds erscheinenden Tageszeitung *L'Impartial* wurde über die Presse nun ein negatives Bild von Jules Bloch, „le juif de La Chaux-de-Fonds“, ¹¹² gezeichnet; und wie die Entente versuchte jetzt auch Deutschland, Schweizer Unternehmen aktiv für die Produktion von Kriegsmaterial zu gewinnen. Im Dezember 1916 bestätigte die Handelsabteilung (Militaria) der Deutschen Gesandtschaft in Bern, die Metallum AG sei „von der deutschen Heeresverwaltung mit

108 BAR, E6300B#1000/1034#142*, Schreiben der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft an das Schweizerische Finanzdepartement vom 6.1.1919. Gemäß der deutschen Gesandtschaft waren der Vorstand und der Verwaltungsrat der Metallum AG „lediglich ehrenamtlich tätig“, und gemäß der Gründungsverträge wurde der gesamte Reingewinn des Unternehmens abgesehen von 5 Prozent Dividende für die Aktionäre an das Reichsschatzamt abgeführt.

109 BAR, E6351B#1000/1040#11644*, Schreiben der Schweizerischen Oberzolldirektion an das Zollamt Schaffhausen, 4.12.1916.

110 *Ebda.* sowie BAR, E6351B#1000/1040#11644*, Schreiben der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen an die Oberzolldirektion, 23.12.1916.

111 *L. Gall*, Walther Rathenau. Portrait einer Epoche, München 2009, S. 292 f. sowie *Ehrbar*, Schweizerische Militärpolitik, S. 168 f.

112 *L'Impartial*, 26.1.1921, zit. nach *Vuilleumier*, Les munitionnaires, S. 238. Gemäß der eindeutig frankophilen (und zu Verschwörungstheorien neigenden) Westschweizer Tageszeitung *L'Impartial* beschäftigte sich die Metallum mit der „fabrication des munitions, de propagande, d'espionnage commercial et sans doute aussi d'espionnage militaire“. *L'Impartial*, 26.1.1921. Zur wachsenden Bedeutung jüdischer Uhrenunternehmer in La Chaux-de-Fonds bis zum Ersten Weltkrieg vgl. *S. Mahrer*, Handwerk und Moderne. Jüdische Uhrmacher und Uhrenunternehmer im Neuenburger Jura 1800-1914, Wien 2012, S. 193-237.

der Beschäftigung der schweizerischen Industrie beauftragt” worden und arbeite unter der „Aufsicht der deutschen Gesandtschaft” in Bern.¹¹³

Seit dem Sommer 1917 sank der in den Kriegsjahren insbesondere nach Frankreich gehende Export von Werkzeugmaschinen durch die restriktiveren Bestimmungen und schärferen Kontrollen deutlich ab und ging von 15.231 Tonnen 1916 auf 11.693 Tonnen 1917 und 5.704 Tonnen 1918 zurück.¹¹⁴ Für eine kompromisslosere Haltung gegenüber den umfangreichen Munitionslieferungen an den Kriegsgegner setzte sich auch Louis Ravené, Leiter der militärischen Abteilung der deutschen Gesandtschaft in Bern, ein. Im Oktober 1917 hielt er fest, die deutschen Munitionsaufträge seien „ein Akt großer Freundschaft der Schweiz gegenüber”¹¹⁵ gewesen; faktisch war er – wie andere Akteure auch – aber nicht an sinkenden Rohstofflieferungen, sondern an steigenden Exporten an die Mittelmächte interessiert. Ravené war nicht nur Vizepräsident der deutschen Handelskammer, sondern laut Karl Heinrich Pohl über die Firma Ravené & Söhne, einen deutschen Hauptlieferanten für Eisen und Stahl, auch direkt an den „exorbitanten Preisen” für Eisenwaren in der Schweiz interessiert, die ihm „unermeßliche Gewinne auf dem Rücken des Landes”¹¹⁶ einbrachten.

Die Entente reagierte auf die schärferen Kontrollen und das neue deutsch-schweizerische Handelsabkommen mit verschiedenen Maßnahmen. Obwohl viele Unternehmen, welche die Entente mit Kriegsmaterial belieferten, schon seit Kriegsbeginn mit elektrischer Energie arbeiteten, war bereits im September 1916 unter der Leitung von Philippe Girod in Genf die *Coal Union* gegründet worden, die nun alle Schweizer Munitionsfabrikanten „friendly to the Entente” mit Kohle belieferte.¹¹⁷ Ende Oktober 1916 gab Albert Thomas dem französischen Handelsdelegierten René Piaton freie Hand „zur Vorbereitung aller Massnahmen, mit denen man der deutschen Konkurrenz begegnen konnte”.¹¹⁸ Hatte die Beschaffung von Munitionsbestandteilen in der Schweiz zu Beginn des Krieges hauptsächlich zur Deckung des eigenen Bedarfs gedient, ging es jetzt immer mehr darum, Lieferungen an den Kriegsgegner zu verhindern. Am 7. November 1916 reagierte die Entente auf das neue deutsch-schweizerische Handelsabkommen schließlich mit einer Verbalnote, der sogenannten Schmierölnote, in der „analoge Erschwerungen” beim Export von Kriegsmaterial für die Mittelmächte

113 BAR, E6351B#1000/1040#11644*, Schreiben der Handelsabteilung der Deutschen Gesandtschaft an die Schweizerische Oberzolldirektion, 6.12.1916.

114 Casanova, *Maschinenindustrie*, S. 103 f.

115 Pohl, *Adolf Müller*, S. 215.

116 *Ebda.*, S. 216.

117 Vgl. dazu Driscoll, *Anglo-Swiss Relations*, S. 232 und S. 249.

118 Ehrbar, *Schweizerische Militärpolitik*, S. 169.

gefordert wurden. „Maschinenöl, Rohstoffe und Maschinen mit Entente-Provenienz“ sollten jetzt nicht mehr für die Herstellung von Kriegsmaterial für die Mittelmächte verwendet werden dürfen – Forderungen, die zu neuen, bis zum Frühling 1917 dauernden Verhandlungen und einer weiteren Verschärfung der Kontrollmaßnahmen führten.¹¹⁹

In einem neuen Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland vom 20. August 1917 wurde schließlich eine „Vereinheitlichung und genaue Regelung der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach beiden kriegführenden Blöcken“¹²⁰ vorgenommen. Für die verwendeten Rohstoffe, Halbfabrikate oder Fertigfabrikate musste nun ein „Materialnachweis“¹²¹ (anhand von Zollquittungen oder Frachtbriefen) erbracht werden. Die Unternehmen waren aber bereits seit dem Herbst 1916 von Schweizer Fachexperten der beiden Ausfuhrkommissionen kontrolliert worden und mussten nun detailliert Auskunft über die Herstellung ihrer Produkte geben. Die Durchsetzung immer neuer Bestimmungen und die damit verbundenen Erhebungen und Kontrollen gestalteten sich allerdings langwierig und schwierig. Im Dezember 1916 war der Direktor der Schweizerischen Metallwerke in Dornach von der Treuhandstelle „in nachdrücklichster Weise darauf aufmerksam gemacht worden, dafür zu sorgen, dass die Brennstoffkontrolle seines Werkes in übersichtlicher Weise angelegt und geführt“ werde. Die Experten der Treuhandstelle sollten jederzeit feststellen können, „dass direkt oder indirekt für die Entente bestimmtes Material ausschliesslich mit Entente-Kohle hergestellt“ worden war.¹²² Bei entsprechenden Erhebungen in Dornach Ende Dezember 1916 mussten die Kontrolleure allerdings „unverrichteter Sache“ wieder abreisen, weil Prokurist Bühlmann sich in Abwesenheit

119 BAR, E1004.1*, Protokolle des Bundesrates, 18. Sitzung des Schweizerischen Bundesrates, 13.2.1917, Nr. 355, Wirtschaftliche Verhandlungen mit der Entente. Vgl. dazu auch *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 278-285; *Cornaz*, Zum Problem der Wirtschaftsneutralität, S. 32-38 und *Ehrbar*, Schweizerische Militärpolitik, S. 231 f.

120 *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 294. Vgl. dazu die vom Volkswirtschaftsdepartement erlassenen „Vorschriften betreffend die Ausfuhr von Kriegsmaterial“ vom 20. August 1917. Zur weiteren Verschärfung der Bestimmungen durch den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag vom Frühling 1918 vgl. *Pohl*, Adolf Müller, S. 213-218.

121 BAR, E7350#1000/1104#244*, Vorschriften betreffend die Ausfuhr von Kriegsmaterial, 20. August 1917, S. 2-8.

122 BAR, J1.216#1000/1316#7*, Schreiben von E. Locher, Delegierter der Treuhandstelle (in Bern) für Behandlung von Gesuchen um schweizerische Ausfuhrbewilligungen nach den Ländern der Entente und Entente-Transit, an die Kontrolleure Oberlieutenant E. Oppikofer in Basel und Hans Schaeffle in Schaffhausen, 19.12.1916.

von Direktor Stadler geweigert hatte, „die Bücher vorzuweisen“.¹²³ Gegenüber Zénith in Le Locle war nach Erhebungen im Juni 1917 beanstandet worden, dass sich das Unternehmen „sehr wenig“ um die Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Abkommens kümmere und Anfragen der Treuhandstelle jeweils „in einem sehr aggressiven Tone beantwortet“ würden. Piccard, Pictet & Cie. in Genf hatte zur selben Zeit „400.000 Stück Munitionsbestandteile“ bei der ehemaligen Schraubenfabrik Delta AG in Solothurn herstellen lassen, die auch Munition für Deutschland produzierte. Für das Schmelzen der dafür benötigten Messingstangen waren bei den schweizerischen Metallwerken Selve in Thun „deutsche Brennstoffe verwendet worden“.¹²⁴ Die Ausfuhrkommission wollte dem Export dieser Munition nach Frankreich nur zustimmen, wenn die mit deutscher Kohle erstellten Stücke wieder ausgeschieden wurden, was Ende Juni zu weiteren Verhandlungen mit der Treuhandstelle Zürich führte.

In der Westschweiz wurde als Reaktion auf das deutsch-schweizerische Handelsabkommen, den zunehmenden Druck auf die Munitionsfabrikation und die wachsende Kritik aus Deutschland im November 1916 das *Syndicat des fabricants de munitions* mit Sitz in La Chaux-de-Fonds gegründet.¹²⁵ Das Syndikat sollte die wirtschaftliche Bedeutung der schweizerischen Munitionsfabrikation deutlich machen und insbesondere gegenüber den Behörden die Interessen dieses Wirtschaftszweiges besser vertreten. Mitglied in diesem (Westschweizer) Syndikat konnten allerdings nur Unternehmen werden, die ausschließlich die Entente belieferten.¹²⁶ Im Januar 1917 führte man eine anonyme Umfrage über die Anzahl der Beschäftigten und die monatlich ausbezahlte Lohnsumme in der schweizerischen Munitionsindustrie durch, deren Ergebnisse dem Bundesrat im Februar 1917 in Form einer Denkschrift präsentiert wurden. Vor den Verhandlungen über die Erneuerung des Ende April 1917 auslaufenden deutsch-schweizerischen Handelsabkommens sollte den Behörden noch einmal deutlich ge-

¹²³ BAR, J1.216#1000/1316#7*, Erhebungen vom 26. Dezember 1916 bei den Metallwerken Dornach.

¹²⁴ BAR, E7350#1000/1104#244*, Ausfuhr-Kommission II, Protokoll der 33. Sitzung vom 12. Juni 1917, S. 1 sowie Protokoll der 35. Sitzung vom 26. Juni 1917, S. 1.

¹²⁵ Vgl. dazu SWA, Berufsverbände Bf 6, *Syndicat des fabricants de munitions, parties d'armes et branches annexes: Statuts*, 14. November 1916 sowie Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung, Nr. 46, 11. November 1916, S. 183 f.

¹²⁶ Bereits an der Generalversammlung des Syndikats am 14. November 1916 in Neuchâtel war von den Mitgliedern folgende Resolution einstimmig verabschiedet worden: „Tout membre du syndicat [...] qui passera un contrat avec les empires centraux ou leurs alliés, soit directement, soit par l'intermédiaire d'un agent ou d'un traitant ou sous-traitant quelconque, sera immédiatement exclu du syndicat“. SWA, Berufsverbände Bf 6, Rundschreiben an die Mitglieder des *Syndicat des fabricants de munitions* vom 21. November 1916.

macht werden, dass sich die Munitionsgeschäfte allein mit der Entente (ohne Einbezug der ebenfalls wichtigen Werkzeugmaschinenindustrie) auf über 20 Mio. Franken monatlich beliefen und für das Syndikat ein direkter Zusammenhang zwischen den Munitionslieferungen und den Lebenshaltungskosten in der Schweiz bestand.¹²⁷ 1914 und 1915 hatte die Aufnahme der Munitionsfabrikation zu einer deutlichen Minderung der nach dem Kriegsausbruch gestiegenen Arbeitslosigkeit in der Uhrenindustrie beigetragen – eine Argumentation, der sich auch der Bundesrat explizit anschloss.¹²⁸ Eine Beschränkung der Produktion von Munition wurde vom Bundesrat bis Ende 1917 mehrfach abgelehnt; und trotz des zunehmenden Drucks beider Krieg führenden Parteien stiegen die Exporte auch 1917 weiter an.

4 Fazit: Zwischen Hammer und Ambos?

Ende November 1917 hielt Bundesrat Felix Calonder in einer Rede am schweizerischen freisinnig-demokratischen Parteitag in Bern fest: „Vorläufig wütet die Kriegsfurie weiter, weiter fließen Ströme von Blut und Tränen. Angesichts dieses fortgesetzten ungeheuren Elends, kann die Schweiz nichts Besseres und nichts Würdigeres tun, um ihre internationale Solidarität zu bekunden, als ihren Samariterdienst und ihre gesamte Tätigkeit zugunsten der vom Krieg so schrecklich heimgesuchten Völker fortzusetzen.“¹²⁹ Calonder verwies damit auf die in den Kriegsjahren – auch als Rechtfertigung für den neutralen Status des Landes – immer wieder betonten humanitären Leistungen der Schweiz. Dass zahlreiche Unternehmen durch den Export von Baracken, Holz und Zement für den Bau von Bunkern, Schützengräben oder Unterständen direkt in den Krieg verstrickt waren und die Lieferungen von Munitionsbestandteilen zu diesem Zeitpunkt ihren Höhepunkt erreichten, wurde hier mit keinem Wort erwähnt – ein Schweigen, das in den Kriegsjahren weit verbreitet war. In vielen Branchen wurden möglichst wenige Zahlen veröffentlicht und überdurchschnittliche Gewinne durch hohe Abschreibungen oder die Bildung stiller Reserven so weit als

127 Vgl. dazu SWA, Berufsverbände Bf 6, Rundschreiben des Syndicat des fabricants de munitions an verschiedene Gemeinden vom 20. Januar 1917.

128 Vgl. dazu *Rossfeld*, „Schweigen ist Gold“, S. 296 und S. 306.

129 Die allgemeine Lage des Landes. Rede von Bundesrat Calonder am schweizerischen freisinnig-demokratischen Parteitag vom 24. November 1917 in Bern, Bern 1918, S. 16. Zur Bedeutung der humanitären Diplomatie für die Schweiz im Ersten Weltkrieg vgl. ausführlicher *C. Cotter/I. Herrmann*, Hilfe zum Selbstschutz. Die Schweiz und ihre humanitären Werke, in: *Rossfeld*, 14/18: Die Schweiz und der Grosse Krieg, S. 240-265.

möglich reduziert.¹³⁰ Bei der SIG in Neuhausen wurden die Auslandslieferungen „aus naheliegenden Gründen“ sogar „dem eigenen Personal gegenüber mit der grössten Discretion behandelt, und [...] auf fingierte Namen verbucht“.¹³¹ 1919 hielt der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen zur Entwicklung der Schweizer Wirtschaft im Ersten Weltkrieg rückblickend fest: „Man darf der Schweizer Industrie das Zeugnis ausstellen, daß sie sich der Kriegswirtschaft sehr bald und vorzüglich anzupassen vermochte. [...] In den Jahren 1915–1917 erfreute sich der Großteil unserer Industrie eines geradezu glänzenden Geschäftsganges.“¹³²

In der Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie basierte ein wesentlicher Teil dieses guten Geschäftsganges auf Kriegsmateriallieferungen an beide Krieg führenden Parteien. Ausgegangen waren diese Lieferungen Ende 1914 zunächst von der Westschweizer Uhrenindustrie; die zu Beginn des Krieges steigende Arbeitslosigkeit und das halbherzige bundesrätliche Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial vom 4. August 1914 führten aber rasch zu einem Anstieg der Exporte, deren Umfang trotz wachsender Kritik bis 1917 weiter stieg. Völkerrechtlich waren diese Lieferungen legal, und spätestens seit der Verschärfung der Munitionskrise im Frühling 1915 waren die Schweizer Ausfuhren von allen Krieg führenden Parteien erwünscht. Obwohl dem Aufbau eigener Rüstungsindustrien Vorrang gegeben wurde und eine (zu große) Abhängigkeit von Munitionslieferungen aus neutralen Staaten als gefährlich eingestuft wurde, war Munition die wichtigste Währung des Krieges und wurde in großen Mengen nachgefragt. Beide Krieg führenden Parteien versuchten zwar, Lieferungen an den Kriegsgegner zu unterbinden, waren aber auch an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Schweiz interessiert und wollten verhindern, dass das Land an der Seite des Gegners in den Krieg eintrat. Für die Schweiz bestand deshalb immer ein Verhandlungsspielraum gegenüber beiden Seiten. Zwischen Hammer und Ambos wurde das Land von den Krieg führenden Mächten zwar zunehmend unter Druck gesetzt und in seiner wirtschaftlichen Handlungsfreiheit immer mehr eingeschränkt, dabei aber mehr nach ihren Interessen geformt als beschädigt.

¹³⁰ Vgl. dazu ausführlicher R. Rossfeld/T. Straumann, Zwischen den Fronten oder an allen Fronten? Eine Einführung, in: Dies. (Hg.), Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, Zürich 2008, S. 11–59, hier S. 50–52.

¹³¹ Archiv SIG, Protokoll über die Verwaltungsratssitzungen, 17.9.1915, zit. nach Koller, Ladehemmungen, S. 217. Zum vergleichbaren Schweigen über die Kriegsmaterialexporte im Zweiten Weltkrieg vgl. P. Hug, Schweizer Rüstungsindustrie, S. 43–53.

¹³² SWA, Berufsverbände D60, Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen: Bericht des Zentralvorstandes an die Mitglieder über das Jahr 1919, Zürich 1920, S. 37.

Für die einzelnen Unternehmen war der Export von Kriegsmaterial ebenso lukrativ wie gefährlich. Kurzfristig konnten mit der Produktion von Kriegsmaterial zwar hohe Gewinne erzielt und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden. Langfristig waren die damit verbundenen Investitionen aber kaum nachhaltig und die eingegangenen Risiken waren oft ebenso hoch wie die erzielten Profite. Der rasche Ausbau von Produktionskapazitäten konnte nach dem Krieg zu Überkapazitäten, hohen Kosten und Verlusten führen. Munitionslieferungen waren mit Reputationsrisiken verbunden, Boykotte konnten zu Einbußen in traditionellen Geschäftsbereichen führen und die auf hohe Gewinne ausgerichteten Kriegsgründungen waren nicht überall gern gesehen. Nicht alle Unternehmen entschieden sich deshalb für den Export von Munition. Außerdem kann am Beispiel der Uhrenindustrie auch gezeigt werden, dass Handlungsspielräume bestanden. Nach einem deutlichen Einbruch zu Beginn des Krieges erholten sich die Verkäufe der schweizerischen Uhrenindustrie 1915 rasch wieder und lagen 1916–1918 sowohl mengenmäßig als auch mit Blick auf den nominalen Exportwert über den Vorkriegszahlen. Dass „jeder Gefallene zugleich den Verlust einer Uhr bedeutete“ – wie Traugott Geering es formuliert hat – erklärt nicht nur „die gewaltige Zunahme des Nickeluhrenexportes“ in den Kriegsjahren, sondern macht auch deutlich, dass die billigeren Nickel- und Silberuhren (im Gegensatz zu den Golduhren) ein stark nachgefragtes Produkt waren.¹³³ Während Zénith und die Tavannes Watch Co. schon 1915 mit der Produktion von Munition begonnen hatten, entschied sich das Berner Unternehmen Longines (aus Saint-Imier) Ende Oktober 1915 explizit gegen die Produktion von Munitionsbestandteilen. Longines hatte zuvor mehrere Anfragen aus Frankreich und Deutschland erhalten, fürchtete (nach dem Boykott von Zénith) aber um seine Reputation als Hersteller von Markenuhren. Dennoch beteiligte sich auch Longines an der Herstellung von Kriegsmaterial und be-

133 Vgl. dazu Geering, *Handel und Industrie*, S. 528-532. Ein Teil dieser Silberuhren wurde nachweislich mit belgischen „Raubsilber“ produziert, das seit 1917 in größeren Mengen von Deutschland in die Schweiz floss. Als die Uhrenindustrie 1918 über zunehmenden Silbermangel klagte und „mit dem Einschmelzen von Silbergeld drohte“, begann die eidgenössische Münzstätte – entgegen den Konventionsbestimmungen der Lateinischen Münzunion – belgische Franken in Silberbarren umzuschmelzen und an die Industrie zu verkaufen. Gemäß der Schweizerischen Nationalbank stammte das Silber „zweifelsohne aus dem deutschen Kampfgebiete“. Ebenso wie den Export von Munition betrachtete der Bund aber auch die (grundsätzlich legale) Einfuhr belgischer Silbermünzen als „ausschließlich ökonomische Angelegenheit“. Vgl. dazu M. Herren, „Raubsilber“ aus Belgien. Schweizerische Währungspolitik im Ersten Weltkrieg, in: NZZ, 20.10.1997, S. 11.

gann im Auftrag der amerikanischen und britischen Armee schon 1915 mit der Produktion von „Präzisionskompassen“.¹³⁴

Aus einer stärker volkswirtschaftlichen Perspektive wurde der Export von Kriegsmaterial schon 1915 auch für den Erhalt dringend benötigter Produkte genutzt. Im Rahmen von Verhandlungen über den Kompensationsverkehr zwischen der Schweiz und Österreich-Ungarn hatte Bundesrat Hoffmann bereits im Februar 1915 darauf hingewiesen, dass „mit stillschweigender Genehmigung des Bundesrates von schweizerischen Fabriken für die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung Metallstücke angefertigt werden, die Munitionsbestandteile sein dürften“.¹³⁵ Im September 1915 wurde die Ausfuhr von „Messingfabrikaten“, faktisch „Geschossteilen“ nach Deutschland dann mit „Einfuhrbewilligungen für entsprechende Mengen an Rohzink und Weichblei“¹³⁶ kompensiert. Edgar Bonjour hat in seiner Geschichte der schweizerischen Neutralität schon in den 1960er Jahren darauf hingewiesen, dass die Schweiz mit der Möglichkeit „fremde Heere zu beliefern“ eine „wirkungsvolle handelspolitische Waffe“ gewonnen habe, die auch für die Versorgung des Landes insgesamt von Bedeutung war. Wollten die Krieg führenden Länder diese Lieferungen erhalten, „genügte es nicht, die Schweiz mit Rohstoffen zu versorgen; auch deren Lebensbedarf mussten sie decken“.¹³⁷ Zugleich entsprach die über den gesamten Krieg bestehende Einseitigkeit der Lieferungen den ökonomischen Kräfteverhältnissen der Kriegsgegner. Deutschland war durch die alliierte Blockade bald nicht mehr in der Lage, die benötigten Rohstoffe zu liefern; und mit dem Kriegseintritt der USA wurde der Druck auf die Schweiz weiter erhöht. Im Mai 1918 hielt der Bundesrat mit Blick auf ein neues Wirtschaftsabkommen mit Deutschland fest: „Ein Bruch mit den alliierten Staaten wäre bedenklicher als alles andere, da die Lebensmittelzufuhr der Schweiz von der Haltung dieser Mächtegruppe abhängt.“¹³⁸ Seit 1915 stammte ein Großteil der Getreideimporte aus den USA; und Geering hat bereits in den 1920er Jahren vermutet, die einseitigen Lieferungen an die Entente seien gewissermaßen der Preis für die Sicherung der „Rohstoff-

¹³⁴ *Pasquier*, Uhren, Kompass und elektrische Zähler, S. 162 f.

¹³⁵ *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 184. Vgl. dazu auch *Luciri*, Le prix de la neutralité, S. 156 f.

¹³⁶ BAR, E1004.1*, Protokoll über die Verhandlungen des schweizerischen Bundesrates, 87. Sitzung, Freitag, 17. September 1915, Nr. 2165. Vgl. dazu auch *Ochsenbein*, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit, S. 197.

¹³⁷ *E. Bonjour*, Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik 2, Fünfte, durchgesehene Auflage, Basel 1970, S. 234 f.

¹³⁸ BAR, E1004*, 1/268, Sitzung des schweizerischen Bundesrates vom 15. Mai 1918, Nr. 1394, in: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Band 6, Nr. 426, S. 737-740, hier S. 738.

versorgung aus Übersee während der letzten Kriegsjahre¹³⁹ gewesen. Profitiert haben von den Schweizer Kriegsmateriallieferungen nicht nur die Krieg führenden Länder, sondern auch die schweizerische Außenwirtschaftspolitik und zahlreiche Unternehmen, die mit dem Export von Kriegsmaterial zum Teil hohe Gewinne erzielten. Geschadet haben sie hingegen zahllosen Soldaten, die auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges verwundet oder getötet wurden.

Widmung: Für kritische Bemerkungen, Hinweise und Informationen danke ich Cédric Cotter (Genf), Georg Kreis (Basel), Maria Meier (Luzern) Rudolf Jaun, Severin Rüegg, Oliver Schneider und Roman Wild (Zürich) sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung «Unternehmen und Krieg: Neuere Studien zum Ersten Weltkrieg» der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte am 10./11. Oktober 2013 im Technomuseum Mannheim.

Bionote

Roman Rossfeld

Dr. phil., ist seit 2012 Projektkoordinator des vom Schweizerischen Nationalfonds an den Universitäten Bern, Luzern, Genf und Zürich geförderten Sinergia-Projektes „Die Schweiz im Ersten Weltkrieg: Transnationale Perspektiven auf einen Kleinstaat im totalen Krieg“. 2004–2012 Wissenschaftlicher Assistent an den Universitäten Göttingen und Zürich sowie Chercheur invité am Département d'histoire générale der Universität Genf 2013–2014. Zahlreiche Publikationen zur Ernährungs- und Genussmittelgeschichte, der Wirtschafts-, Unternehmens- und Marketinggeschichte sowie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Ersten Weltkrieges.

¹³⁹ Geering, Handel und Industrie, S. 577 f. Im Zweiten Weltkrieg stoppten die USA ihre Getreidelieferungen aufgrund der „umfangreichen Schweizer Kriegsmateriallieferungen an Deutschland“ dann mehrfach. Vgl. dazu M. Cottier, Geschichte der wirtschaftlichen Landesversorgung seit Gründung des Bundesstaates. Herausgegeben vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung, Bern 2011, S. 14.

